

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

147 (28.6.1921)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle 8.50 M.; Redaktion: Ruffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Reparationsverhandlungen

#### Staatssekretär Guggenheimer und Bergmann in Paris

21. Berlin, 27. Juni. Die beiden Staatssekretäre Guggenheimer und Bergmann sind gestern nach Paris abgereist. Die Reparationsverhandlungen, an denen die beiden Herren beteiligt sind, betreffen in erster Linie die Fragen des Wiederaufbaus, wie sie Dr. Rathenau im Reichswirtschaftsrat gekennzeichnet hat.

### Die Organisation des Wiederaufbaus

Paris, 26. Juni. Der „Intransigent“ glaubt die Absichten des Ministers Lougeur in der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete durch folgende Mitteilungen kennzeichnen zu können: Die zerstörten Departements sollen in eine gewisse Anzahl von Abschnitten eingeteilt werden. In jedem Gebiet soll eine ständige Kommission gewählt werden, der sämtliche Bestellungen des Departements oder Abschnitts zugehen würden. Von ihnen würden die Bestellungen unmittelbar an die in Deutschland arbeitende Zentralkommission für die französischen Bestellungen geleitet werden. Deutscherseits würden die Bestellungen an diejenigen Lieferanten weitergegeben werden die die vorzuziehenden Angebote machten. Dann würde Deutschland die bestellten Materialien unmittelbar an die betreffenden Abschnitte wo der Wiederaufbau durch französische Arbeiter erfolgen sollte. Die Lieferung der 6000 Holzhauler sei jedoch eine Sache für sich. Die Einzelheiten in dieser Angelegenheit seien noch nicht festgesetzt, doch hätten die beiden beteiligten Regierungen den Plan in seiner Gesamtheit als durchführbar anerkannt.

### Die deutschen Viehlieferungen

21. Berlin, 27. Juni. Zu dem am Freitag in Paris beginnenden Verhandlungen über die Viehlieferungen auf das Reparationskonto erfährt das „Verl. Tagbl.“: Es handelt sich zunächst um Klarstellung der Leistungen, aus denen Viehlieferungen. Diese sind im allgemeinen erfüllt, an Werten sogar überschritten. Dagegen konnte hinsichtlich der geforderten Anzahl geliefert werden, weil der Ausbruch der jetzt noch andauernden Maul- und Klauenseuche den Transport unmöglich machte.

### Die Kosten der Befehlsarmee

Paris, 26. Juni. Der Brüsseler Sonderkorrespondent des „Temps“ teilt mit, daß gegenwärtig von Sachverständigen der verschiedenen Regierungen die Kosten der Befehlsarmee in Holland geprüft werden und daß die Angelegenheit demnächst in London bei der Zusammenkunft der alliierten Finanzminister geregelt werden solle. Belgien würde angeblich, daß für die Befehlsarmee eine Kaufsumme von ungefähr 250 Millionen Goldmark festgesetzt werde.

### Die Aalandfrage

#### Protest der schwedischen Regierung an den Völkerbund

Genf, 25. Juni. Branting hat anlässlich der Befähigung des Ausschusses des Völkerbundesrat in der Aalandfrage an den Rat einen Protest gerichtet, worin es heißt: Die schwedische Regierung hatte gehofft, daß in diesem ganz besonderen Fall, in dem das Recht so klar erscheint und der Wunsch der Bevölkerung von fester Einmütigkeit ist, der Völkerbund seine Aufgabe als Sieger und Güter des Rechts erfüllen könne und so durch eine ernste Tat das Vorgehen einer internationalen Ordnung abzuwehren. Jetzt, wo die Entscheidung des Völkerbundesrats diese Hoffnung zunichte gemacht hat, kann die schwedische Regierung nicht umhin, der Befähigung Ausdruck zu verleihen, der Völkerbund habe das Vertrauen erschüttert, das die Völker und namentlich solche wie Schweden, das lange für die Verwirklichung des internationalen Rechtes gekämpft hat, in den Völkerbund setzen, der berufen ist, in der ganzen Welt dieses Recht zu wahren.

### Oberschlesien

Berlin, 27. Juni. Ueber die Lage in Oberschlesien wird berichtet: Da der deutsche Zwölftausendstausend den von General Höfer entworfenen Räumungsplan auch mit den von der Interalliierten Kommission versehenen geringfügigen Änderungen angenommen hat, ist es jetzt an Koriants, seine Versprechungen einzulösen. Morgen, am 28. Juni, muß er nach den von ihm übernommenen Verpflichtungen mit der Räumung beginnen. Für den Abmarsch der Freiwilligen sind bereits die Berechtigungen getroffen. Es darf nicht verhehelt werden, daß in einzelnen deutschen Abteilungen die Stimmung sehr schlecht ist. Der zu erwartenden Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Selbstschutzes soll durch Schaffung von Notstandsarbeiten für den Selbstschutz entgegengetreten werden.

Breslau, 27. Juni. (Privattelegramm.) Nach vorliegenden Meldungen aus Oberschlesien vollzieht sich der Rückzug des deutschen Selbstschutzes aus der ersten Heimatstapelle bisher ohne Störung. Es ist anzunehmen, daß zur vorgeschriebenen Zeit die erste Linie des Gesamtplanes von allen deutschen Kräften erreicht sein wird. Ueber den Rückzug der Insurgenten liegen bisher bestimmte Nachrichten noch nicht vor.

### Die Pensionsgehälter der ehemaligen Minister

21. Berlin, 28. Juni. Zu der Meldung, daß dem ehemaligen Reichskanzler Bethenbach ein lebenslangliches Ruhegehalt von 45 000 M. zugesprochen wird, wobei ihm die Jahre seiner Praxis als Rechtsanwalt angerechnet werden, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß nach dem Reichsbeamtenrecht die Zeit der Tätigkeit bei einer Staats- oder Kommunalbehörde und auch als Rechtsanwalt angerechnet werden kann. Eine solche Regelung unterliegt jedoch der Zustimmung des Reichs-

tags. Bei dem früheren Reichskanzler Bethenbach hat der Reichstag die Hälfte dieser Zeit genehmigt. Bezüglich des im gleichen Zusammenhang genannten ehemaligen Reichsfinanzministers Kauner ist eine Entscheidung über die Festsetzung der Pension noch nicht getroffen.

### Spanischer Feldzug gegen Marokko

Paris, 28. Juni. Laut „Temps“ haben die Spanier in Spanisch-Marokko mit einem Heer von 20 000 Mann, 150 Geschützen und 10 Flugzeugen den Feldzug gegen die Aufständischen begonnen. In der spanischen Fremdenlegation ist eine Meuterei vorgekommen; 14 Legionärsoldaten, Deutsche, Italiener und Engländer sollen demnächst nach Spanien zurückgebracht werden.

### Pfälzische Eisenbahn-Betriebsratswahlen

21. Zweibrücken, 28. Juni. Bei den Betriebsratswahlen im Bereich der pfälzischen Eisenbahn, die bei starker Beteiligung stattfanden, wurden für den Freien Deutschen Eisenbahnerverband 7163, für den christlichen Eisenbahnerverband 782 Stimmen abgegeben. Im Betriebsrat erhält die erstgenannte Organisation 10, die zweite 1 Sitz; in der Betriebsratsprüfungsstelle ist lediglich der Freie Verband mit 9 Stimmen vertreten. Von den Betriebsräten entfallen auf die deutschen Eisenbahner 314, auf die Christlichen 11.

### Die Trockenheit in England

21. London, 27. Juni. Die andauernde Trockenheit in England droht zu einer Katastrophe zu werden. Alle Ernten leiden unter dem Wassermangel. Die Bevölkerung wird aufgefordert, mit dem Wasser sparsam umzugehen.

### Bom englischen Bergarbeiterstreik

London, 25. Juni. Der „Times“ zufolge steht das Ende des 13wöchigen Kohlenstreiks unmittelbar bevor. Der Volksgesundheitsrat der Bergarbeiter hat heute oder morgen eine Delegation mit den Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung.

London, 25. Juni. Lloyd George hat die Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter für morgen zu einer gemeinsamen Besprechung ein.

21. London, 27. Juni. Das Neuterbüro meldet, daß sich die Konferenz der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter um 10 Uhr am 27. Juni vertritt. Die Delegierten werden um 10 Uhr mit Lloyd George zur Beratung der Regierungssubvention zusammenkommen. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß hinsichtlich der Subvention ein vorläufiges Abkommen erzielt sei, demzufolge die Arbeit ab 1. Juli wieder aufgenommen werden soll.

### Italiens Außenpolitik

#### Ein Vertrauensvotum für die italienische Regierung

Rom, 27. Juni. In der Kammer brachte nach Abschluß der Debatte auf die Antikorre Turatti und Genossen folgende Tagesordnung ein: Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über.

Giolitti lehnte diese Tagesordnung ab. Ihr erster Teil ist einschließlich der Worte „in der Außenpolitik“ mit 234 gegen 200 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen, der zweite Teil mit großer Mehrheit durch Handaufheben abgelehnt worden.

#### Rücktritt des italienischen Ministeriums

Rom, 27. Juni. Infolge des Ergebnisses der Kammerdebatte hat das Ministerium beschlossen zurückzutreten. Der Rücktritt soll heute der Kammer und dem Senat bekannt gemacht werden.

### Nachspiel zum Holzprozeß

21. Dresden, 28. Juni. Wie die Zeitung erfährt, werden die Streitigkeiten von Holz in Dresden und Plauen vor einem Gericht zusammenfassend behandelt werden. Der Zeitpunkt der Verhandlungen kann erst festgesetzt werden, wenn die Voruntersuchung abgeschlossen ist und die anderen prozessualen Bedingungen erfüllt sind.

### Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M. Die „Fr. Ztg.“ meldet aus Wiesbaden: Das Schwurgericht beschäftigte sich in ständiger Verhandlung mit der großen Falschmünzerei, bei der es sich um die Herstellung von polnischen Tausendmarkscheinen in Höhe von 18 Millionen handelte. Verurteilt wurde ein Angeklagter zu 1 1/2 Jahren, sechs zu je 2 Jahren Gefängnis und die Urheber des Verbrechens, zwei Polen, zu je 2 1/2 Jahren Gefängnis. 5 Angeklagte wurden freigesprochen.

Diedenshöfen. Der französische Fliegerleutnant Rondet war bei seinem Rückflug nach hier gezwungen, zur Orientierung niederzulegen. Beim Wiederaufstieg geriet er in eine Baumgruppe und wurde durch den abstürzenden Apparat erdrückt.

Sad Dürkheim. Der Wingerverein Kallstadt erzielte bei seiner Versteigerung 1919er und 1920er Naturweineinen einen Gesamterlös von 1 200 000 M. bei einem Durchschnittspreis von 24 000 M. für 1919er und 25 700 M. für 1920er Wein für je 1000 Liter. 83 Fuder 1920er Rotwein wurden wegen zu niedrigen Angebots nicht abgesetzt.

Berlin. In der vorgestrigen Vorstellung von Gerhart Hauptmanns „Weber“ im Berliner großen Schauspielhaus erschollen dröhnend vom 3. Rang herab laute Rufe „Holz heraus!“ Die Rufe pflanzten sich den ganzen Saal hindurch fort, sodaß die Vorstellung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme des Spiels konnte die Aufführung ohne Unterbrechung an Ende geführt werden.

Frag. Das „Prager Tagblatt“ meldet aus Preshburg, daß in der Nähe der Stadt ein Schlepper mit 65 Baggon beladen gesunken und die Besatzung von sechs Mann ertrunken ist.

### Die begrabene Weltrevolution

Die kurzen Auszüge, durch die das Wolffsche Büro die deutsche Presse über den dritten Kongreß der Dritten Internationale in Moskau unterrichtet, geben zwar nur ein unvollkommenes Bild über die Stimmungen und Erörterungen, die sich auf dem Kongreß geltend machten, sie geben jedoch ein einigermaßen deutliches Bild über die Stellungnahme, die Trotzki als militärische Oberhaupt der russischen Revolution, den gegenwärtigen und künftigen Problemen der Revolutionierung der Welt gegenüber einnimmt.

Die russische Politik der letzten Jahre war reich an Schwankungen aller Art. Schien es zunächst, daß in Rußland der Versuch unternommen werde, den Sozialismus in seiner reinen und ursprünglichen Form ohne Konzessionen und ohne Kompromisse durchzuführen, so erlebte die westeuropäische Arbeiterklasse, soweit sie sich den Dingen nicht verschließen wollte, nach einiger Zeit eine Kurschwankung, die einer Bankrotterklärung der von dem bolschewistischen Rußland eingeschlagenen Wirtschaftspolitik außerordentlich ähnelte. War es gelungen, die russischen Kapitalisten aus dem innerrussischen Wirtschaftsleben fast völlig auszuschalten, indem man jeden Privathandel als „Spekulantenhandel“ aufs schärfste verfolgte und mit Zuchthausstrafen bedrohte, so sah sich nach relativ kurzer Frist Lenin gezwungen, die auswärtigen Kapitalisten heranzuziehen, indem er ihnen die berühmten Konzessionen erteilte. Der Widerspruch, der darin lag, die inländischen Kapitalisten zu beseitigen und die ausländischen durch allerhand Versprechungen willfährig zu machen, konnte durch keine noch so beredte Dialektik aus dem Wege geschafft werden. Gerade der sozialistisch geschulte Arbeiter mußte sich sagen, daß ihm der auswärtige Kapitalist ein noch größerer Feind und Ausbeuter werden müsse, als der einheimische. Die praktischen Wirkungen der Konzessionserteilungen, die in gewaltigen Maße erfolgten, können zur Stunde noch nicht übersehen werden; jedoch darf, ohne in ein gerade Rußland gegenüber höchst unangebrachtes Prophezeien zu verfallen, vorausgesetzt werden, daß die Ausbeutung des russischen Proletariats durch den ausländischen Kapitalismus unerhörte Ausmaße annehmen wird.

Nach den letzten Ausführungen Trotzki auf dem Kongreß der dritten Internationale gewinnt man ohne weiteres den Eindruck, daß der Revision der Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Fragen nunmehr eine Revision der Haltung in Fragen der auswärtigen Politik folgen soll oder bereits erfolgt ist. Mit auffälligem Nachdruck forderte Trotzki eine Orientierung nach dem Osten, vor allem nach den östlichen Kolonien der Großmächte auf die der Kapitalismus augenblicklich keine Hoffnung hat. Diese Tatsache in Verbindung mit dem vorbehaltlosen Anspruch: „Wir haben unsere Illusionen bezüglich des unmittelbaren Ausbruchs einer Weltrevolution begraben“, sind nicht geeignet, die Aufmerksamkeit gerade des westeuropäischen Proletariats nach dem Osten zu lenken. Wenn ein deutscher Vertreter sozialdemokratischer Anschauungen bisher zu behaupten wagte, die Weltrevolution in der von Rußland vorgegebenen Form sei eine Utopie, der sämtliche geschichtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten, so mußte er gewärtig sein, von deutschen wie russischen Kommunisten als „Verräter der Revolution“ beschimpft zu werden. Seit dem Eingeständnis Trotzki von den begrabenen Hoffnungen wird dies anders werden; man wird nicht verfehlen, besonders begeisterte Anhänger der Weltrevolution auf Trotzki als einen Kronzeugen hinzuweisen, der auch für sie nicht ganz ohne Wert sein dürfte.

In einem weiteren Teil seiner Rede kam Trotzki auf die Stellung der Frauen im künftigen Kriege zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu sprechen. Hier offenbarte sich, was für die Sozialdemokratie von Beginn der Trotzki'schen Tätigkeit an keinen Augenblick zweifelhaft gewesen war, eine vom Militarismus bis in Innerste infizierte Gesinnung. Jeder proletarische Pazifismus, den die Arbeiterklasse dem Militarismus des Bürgertums gegenüber stets mit Stolz zur Schau getragen hatte, wird von dem russischen Volkskommissar verbannt und durch einen brutalen Militarismus ersetzt, wie ihn in dieser Form selbst ein deutscher General im Weltkrieg nicht zur Schau getragen hätte. Die Aufgabe, die der russisch-militaristische Diktator der Frau bei der künftigen blutigen Auseinandersetzung zuweist, wird niemals erfüllt werden, wie Trotzki es denkt oder zu denken vorgibt. Allein die Vorstellung aber, die humanitäre Befähigung der Frau durch die militärische zu ersetzen, ist so ungeheuerlich, daß sie der proletarischen Auffassung von den Aufgaben der Geschlechter diametral zuwiderläuft.

Trotzki hat die Hoffnung auf die bevorstehende Weltrevolution begraben. Er wird noch viele Hoffnungen begraben müssen, bis er fähig sein wird, Rußland durch eine praktische Gegenwarts politik einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

### Deutschland ist nicht mehr „couleurfähig“

Aus Lübingen wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben, daß der „Allgemeine Verband Lübinger Korporationen (A. V. L. K.)“ einen bekannten Lübinger Gasthof nicht mehr für „couleurfähig“ erklärte, da dieser bei einem kürzlich abgehaltenen Radfahrerbottel die schwarz-rot-goldene Fahne entfaltete hatte. Greuliche Verwicklungen eröffnet uns der Herr Einleger: „Armer Republikaner, so mit er aus, „du bist in Lübingen nicht mehr couleurfähig! Armes Deutschland, deine Ehre halten dich seit dem 11. August 1919 nicht mehr für couleurfähig!“

Der Begriff der „Couleurfähigkeit“ war stets eine spezifisch deutsche Dummheit, ein Symbol des Klassenhasses von oben. Bis zur Sinnlosigkeit verzerrt, hat er oft die Ehre seiner Anhänger bis zur Ablehnung der Mitglieder der eigenen Familie geführt. Der couleurfähige Herr Sohn, der Valers Geber so schön zu verputzen wußte, mag sich oft bei diesen Erzeugern geschämt haben. Wie der Demotat Götting in jenen Friedenszeiten so schön im Reichstag sang:

Wenn du noch eine Tante hast,  
Und die hat einen offenen Laden,  
Geh nicht hinein, ich bitte dich!  
Denn das könnt der Karriere schaden.“

Dann kam der Krieg, mit ihm der Gedanke der nationalen Einheitsfront. Dann ging er in schwerer Zeit zu Ende. Männlich und gereift ist die Jugend nach Hause gekommen — hieß es wenigstens. Und dann wachte ein Vorurteil nach dem andern wieder auf, dann gähnte auch in rein menschlicher Beziehung die Luft weiter denn je. Auf ernste Männer haben wir gerechnet, wir finden überall nur einseitige Tölpel.

Armes Land, das in ihnen seine zukünftigen Leiter sehen soll. Es zeigt sich hier die unabweisbare Notwendigkeit, auch andere Kreise zur Leitung auf allen Gebieten des Lebens heranzuziehen, Kreise, denen das Vaterland höher steht als die Couleurfähigkeit.

### Zu den Vorgängen im Berliner Gewerkschaftshaus

Bericht eines Augenzugegenen aus Karlstraße

Als Augenzeuge der Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus am 20. Juni kann ich zur Richtigstellung der Wahrheit folgendes mitteilen.

Der Betriebsrätekongress des D.A.B., zu welchem ich als Delegierter entsendet war, tagte am 20. Juni im großen Saale des Gewerkschaftshaus. Der Kollege Riedel hielt gerade sein Referat über das D.A.B. als plötzlich die Türen aufgerissen wurden und eine unübersehbare Schar „Arbeitsloser“, meist jugendliche Personen beiderlei Geschlechts im Alter von 17—20 Jahren, rote Hähnen tragend, hereinstürmten und den Saal und die Galerie besetzte. Es waren viele recht fragwürdige Gestalten, denen man des Nachts nicht allein begegnen möchte, darunter und ich glaube, die Polizei hätte einen guten Fang gemacht, wenn es ihr möglich gewesen wäre, alle Personalien festzustellen. Die Menge nahm sofort eine drohende Haltung gegen die versammelten Betriebsräte ein, besetzten die Ausgänge, sodaß niemand mehr den Saal verlassen konnte. Es wurden Reden gehalten, in denen zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgefordert wurde und in denen die Worte „Verräter“ und „Donner“ in jedem Satze mindestens einmal vorfielen. Eine „Dame“, ich glaube Gutmann heißt sie, hielt von der Galerie herab eine Ansprache, in der sie direkt aufforderte, die Gewerkschaftslogen und Räte totzuschlagen. Der Hauptvorstand des D.A.B., Kollege Schumann, verließ die Menge zu beruhigen, — vergeblich. Auch andere Redner aus den Reihen der Demonstranten, die zur Besonnenheit mahnten, wurden niedergedrückt. Im Hofe wurde dann der Gewerkschaftsführer Sabath schwer mißhandelt, sodaß er weggetragen werden mußte.

Was die Leute eigentlich wollten, ist mir bis heute noch nicht klar geworden. Der Tumult war unbeschreiblich und wer weiß, was noch geschah wäre, wenn nicht die Sipo erschienen wäre und den Saal mit Gewalt geräumt hätte. Und nun konnte man so recht die Freigebigkeit sehen. Diejenigen, die kurz vorher die größten Töne den mehrstimmigen Betriebsräten gegenüber riskiert hatten, waren die ersten, die beim Erscheinen der Sipo sich „auf französisch empfahlen“. Vielleicht hatten sie ihre guten Gründe, einer näheren Belanntschaft mit der Polizei aus dem Wege zu gehen. Am Eingeliefer hatte sich eine Menge von 8—10 000

### Züllinger und seine Zucht

Roman von Konrad Zele (Schluß)

Und sie bewaffneten die Massen des Volkes und sprachen große Worte vom heiligen Volkstriebe gegen freche Barbaren, von der Glise des Himmels, von ihrer, der Oberdeutschen, gerechten und milden, gottgewollten Herrschaft und von der sittlichen Aufgabe, die Welt am oberdeutschen Wesen genesen zu lassen.

Aber ihre Bemühungen und ihre feurigen Ansprachen truchteten gar nichts; die Unterdrückten nahmen die Waffen ohne Kampflust und waren sie weg, und die freien Völker zogen weiter. Hinter ihnen machten sich die Vertriebenen auf, voll von Sehnsucht nach dem alten Heimallande.

Die Oberdeutschen berieten sich in ohnmächtiger Wut. „Wollen wir denn wirklich unser Leben daransetzen? Die Feinde sind zu mächtig; wir wollen uns jetzt lieber zum Schein unterwerfen. Später wird unsere Klugheit einen Weg zu neuem Aufstieg finden.“

Erst wollten sie aber sehen, was von den verdammten Züchtlingsabenteuern, diesen Urhebern des Unglücks, übrig geblieben sei. Die ausgeschiedenen Reiter, die Züllingers später auf dem Schornstein sah, fanden in den Ruinen die zerstückelte Leiche des Werherrn Knobbe und bemerkten verriegelte Tore, aus denen wie ganz von weitem ein dumpfes Brausen herausdrang. Das schien ihnen nicht geheuer.

„Sei dem, wie es wolle! Wenn wir nur wenigstens den Hund Züllinger hätten diereln können!“ sprachen die Oberdeutschen in ihrer Not und stimmten die Nationalhymne an. Sie glaubten sich nämlich hierdurch einen würdigen Abgang zu sichern.

Das war der Augenblick, in dem Züllinger die Wägen springen ließ. Die Vorhut der Ausländischen, die auf einem fernen Ausfluge gewanderten Hügel angekommen war, sah die Rauchwolke aufsteigen, hörte den Donner der Sprengung und verwunderte sich über ein gewaltiges Schauspiel.

Absiebt von den Wertrümpfen, aus denen immer neue Schwaden emporstiegen, öffnete sich an vielen Punkten die Erde, wie ein dunkler Lavastrom oollen Menschenmassen mitten aus den grünen Feldern und warfen sich vorwärts auf die Oberdeutschen, die offenbar auf dem Rückzug waren.

„Sicherlich sind das die Kunstmenschen! Nun, da brauchen wir uns vielleicht die Finger gar nicht erst an den Oberdeutschen zu beschmutzen,“ sprachen die Leute von der Vorhut zueinander.

Menschen angejammelt, die sich jedoch, da mittlerweile Regen einsetzte, im Laufe des Nachmittags wieder zerstreute.

Andern Tags brachte die „rote Fahne“, das kommunistische Berliner Organ, einen Aufruf und einen Leitartikel, die beide von Gehässigkeit, Aufhebung und Lügen strotzten. Unter anderem wird behauptet, daß die Arbeitslosen (es wird von 12 000 gesprochen) von den Gewerkschaftsbeamten mit Gummitruppen und Eisenstangen angegriffen worden seien. Man denke Ein halbes Dutzend Gewerkschaftsbeamte sollen 12 000 Arbeitslose angegriffen haben. Es ist wohl überflüssig, auf die Widersinnigkeit dieser Behauptung einzugehen. Die Eierhandgranate, die im Gewerkschaftshaus verossen wurde, sowie die von den Demonstranten mitgebrachte Sanitätsabteilung beweisen zur Genüge, auf was man gerechnet hat.

Es soll nicht verkannt werden, daß die Not der Arbeitslosen ins Riesenhafte gestiegen ist und es wäre wohl höchste Zeit, daß vonseiten des Staates etwas dagegen getan würde; daß man aber von kommunistischer Seite die Verzweiflung dieser Leute benutzt, um sie auf die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte, die doch selber Tag für Tag mit dem Unternehmertum im Kampfe liegen, zu heben, das zeigt uns, wohin die kommunistische Taktik führt. Daß die Unternehmer mit den Kommunisten in der Verwampfung der Gewerkschaften einig sind, ist wohl auch kein Zufall und mancher meiner Kollegen, der seither vielleicht noch für kommunistische Ideale geschwärmt hat, dürfte nach seinen Erfahrungen in Berlin für immer von diesem Wahne geheilt sein.

### Die lyrische Orgelei

Ein Leser übersendet dem „Berl. Tagbl.“ folgende „Verse“, die in einem D-Tag-Abteil von Züningern mit handteller-großem Katenkreuz am Wasserloch gesungen wurden:

Du tapferer Held, Du schloßt den Garetis nieder,  
Du brachst allen uns Verweisung wieder  
Von einem laubren Sozialbund,  
Welch Licht in unserer Trauersund!

Auch Rathenau, der Walter,  
Erreicht kein hohes Alter.  
Die Rache, die ist nah,  
Hurral Hurra! Hurral

Lacht und froh und munter sein,  
Schlägt dem Wirt den Schädel ein.  
Auffig, lustig, tralalalala,  
Wald ist Wilhelm wieder da!

Wenn einst der Kaiser kommen wird,  
Schlagen wir zum Kruppel Dr. Wirt,  
Knallen die Gewehre tad, tad, tad  
Auff schwarz und das rote Rad.

Haut immer feste auf den Wirt!  
Haut seinen Schädel, daß er knirrt!  
Knallt ab den Walter Rathenau,  
Die gottverfluchte Judenau!

### Gegen Scheidemann

Die bürgerlichen Parteien Kassels können immer noch nicht bestimmen, daß ein Sozialdemokrat Oberbürgermeister der einzigen Reichsstadt geworden ist. Im Kasseler „Tageblatt“ angekündigt, mit dem Thema: „Kassel und sein Oberbürgermeister.“ Neben ihm ein „demokratischer“ Kasseler. Einberufen wird die Versammlung von Bürgerbund, der deutschdemokratischen Partei (1), von der deutschen Volkspartei, vom Zentrum und von der deutschnationalen Volkspartei. Alle bürgerlichen Parteien haben sich also gegen Scheidemann zusammengefunden.

Was hat der Kasseler Oberbürgermeister nun angeordnet, daß diese Protestkundgebung erfolgt? Man denke: er hat in einer gemeinsamen Kundgebung aller Sozialisten auf Grund des Gewaltregiments in Bayern gegen jede Gewalttat protestiert. Scheidemann hat also das Kunststück fertig gebracht, auch die Kasseler Kommunisten jegliche Gewalttat abzuwahren und der Republik Treue geloben lassen. Statt solche politische Leistungen anzuerkennen, fühlen sich die Kasseler Spielbürger aller Parteien ins Herz getroffen, wenn der Reichstagsabgeordnete Scheidemann gegen die Reaktion die Stimme erhebt, und rufen zu einem Rachezug gegen den Oberbürgermeister auf. Genosse Scheidemann darf sich wirklich gratulieren, wenn seine Gegner nach seiner 18monatigen Tätigkeit keine kommunalpolitischen Angriffspunkte gegen ihn haben.

### Der gordische Knoten

Ein Bild auf die Weltlage — und jeder Mann erinnert sich an das bekannte Wort des schwedischen Kanzlers Axel Sturza, daß nur mit wenig Weisheit die Welt regiert wird. Seit Jogh und Tag sind die kapitalistischen „Wiederaufbauer“ in allen Ländern an der Arbeit. Ihre Leistungen sind fürchterlich. In Mesopotamien erschließen die Engländer die Erde an die Entente abliefern. In Amerika ist die Produktionsbeschränkung zum Zweck der Hoheitsreibung der Preise in System gebracht. Der Weizen wird verbrannt und in Europa organisiert man die Rinderzucht. Die Baumwollpflanzung wird eingeschränkt und das Proletariat hat kein ganzes Hemd an Leibe. Die Wege der kapitalistischen Weltordnung sind wunderbar. Den Deutschen haben die Engländer die Schiffe abgenommen, heute treibt die Arbeitslosigkeit im englischen Schiffsbau. Die deutschen Arbeiter müssen Koffer für den französischen Wintermantel so lange und so viel, bis der englische Bergbau nicht mehr mit kann.

Der Friede von Versailles war die größte Täuschung für die Entente selbst. Man kann sich es eingestanden. Die Herren der Welt in Paris, London und New York haben alles so durcheinander gemengt, daß jeder niemand mehr das Ansehen entwirren kann. Aus Oberschleien aber haben sie förmlich einen neuen gordischen Knoten gemacht.

Die Polen glauben, sie müßten diesen Knoten durchhauen und auch auf deutscher Seite gibt es einige, die gerne den Alexander spielen möchten und mit dem Schwert das oberdeutsche Problem lösen wollen. Es ist merkwürdig, daß sogar Leute der Zentrumspartei in Oberschleien sich den Standpunkt: Weizen oder Brechen näherten. Der Farmer Jüßla weiß doch, daß die Weid die große Kunst derer ist, die anderen helfen wollen. Die katholische Vorherrschaft Schweißes muß in der Prüfung ein Knäuel lösen, nicht einmal, sondern öfter. Und nur die Schweser die nicht erlöhnt, wird für gut befunden.

Oberschleien ist ein Weidhölzchen. Es verlangt starke Reden und viel Selbstbeherrschung. Das Rezept, das die Sozialdemokratie für Oberschleien empfiehlt, ist das Rezept der Varnherzigen Schweser. Nicht die „starke Hand“ Brandts, sondern nur geübliche Hände können den gordischen Knoten entwirren, gebührende Hände auf allen Seiten.

### Gewerkschaftliches

#### Die Lage im badischen Textilgewerbe

Im badischen Arbeitsministerium tagte das Schiedsgericht zur Schlichtung der Streitigkeiten in der badischen Textilindustrie unter Leitung des Geheimrats Dr. Bodenheimer vom Reichsarbeitsministerium. Es wurde nach mehrstündiger Verhandlung folgende von den Parteien einstimmig angenommene Entscheidung erzielt:

„Den Parteien wird aufgegeben, in Verhandlungen über die Lohnfrage einzutreten, wobei die Ausnahme einer Lohnherabsetzung und die Verteilung auf die verschiedenen Kategorien zu berücksichtigen ist. Ferner sind unter den Parteien auch die sämtlichen übrigen in der heutigen Verhandlung des Schiedsgerichts erörterten Punkte zu beraten und zu entscheiden. Bis zum 5. Juli ist dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts Geheimrat Dr. Bodenheimer das Ergebnis mitzuteilen. Sollte eine volle Einigung nicht erzielt sein, so beruht der Vorsitzende sofort das Schiedsgericht zur endgültigen Entscheidung.“

#### Eine freche Provokation der Bankkapitalisten

Vom Generalsekretär Mannheim des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangehörigen wird uns geschrieben: Anlässlich der Vorberhandlungen des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangehörigen mit dem Reichsverband der Bankleitungen zur Erneuerung des Reichsstatut stellen die Unternehmer folgende Forderungen: 1. Wegfall aller Bestimmungen über die Oberbeamten, 2. Wegfall aller Bestimmungen über das Lehrlingswesen, 3. Wegfall der Verpflichtung, gemeinsam mit den Arbeitnehmer-Organisationen die allgemeine Verbindlichkeit zu beantragen, 4. Durchsicht der Gehälter nur bis zum 10. Berufsjahre, 5. Wegfall der Berechtigung, die Leitungen in den Betrieben zu vertreten, sowie der Urlaubsgewährung an Organisationsvertreter zu auswärtigen Sitzungen, 6. Die 45stündige Arbeitswoche.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Realisierung dieser Forderungen praktisch über die Aufhebung des Tarifsystems, denn was ist ein Tarif, der weder die Bezahlung noch die Oberbeamten umfaßt und die Durchsicht der Gehälter nur bis zum 10. Berufsjahre bestimmt. Die Lehrlinge und älteren Bank-

Die Fremden berückten zu selten, aber sie zogen nur nach rote aus Land. Da wachte sie sich an den Mann auf dem Steine, der dem Blute nachsaß, das ihm aus einer großen Wunde floß. Sie verbanden ihn, und er ließ es gleichmütig geschehen.

„Wer bist du, Mensch?“ fragten die Fremden, aber er antwortete nicht.

„Das ist Züllinger!“ rief ein Arbeiter, der als Begleiteter mitgezogen war. „Weißt du, die Oberdeutschen sind bestialisch! Das Land ist frei!“

Züllinger schaute schweigend auf Heras Leichnam, der vor ihm lag und auf das Wasser, an dessen Oberfläche die toten Züchtlings schwammen.

„Mensch, viel fleisch!“ sprach er dann. „Ist heute nicht der Tag, den die Christen Himmelfahrt nennen?“

Der Arbeiter rief ihn noch einmal an. Züllinger, das Land ist frei!

„Ja auch,“ sagte er mit starkem Gesicht. „Freuen Sie sich doch! Die Oberdeutschen sind beliegt.“

„Ja auch, Du Mensch, das hättest ihr vor vierzig Jahren selber bezogen sollen. Sei still!“

„Neben ihm lag eine Drossel. Züllinger hob, schon am Sterben, den Kopf und sah den Vogel im Gipsel einer Fichte zwischen den Blättern, die wie rote Finger zum Himmel geigten.“

„Ihr biegt euch schon noch,“ dachte seine finstere Seele. Es war ihm plötzlich, als habe er als Kind fröhlich an diesem See gespielt; es fiel ihm ein, daß damals Wiefe gewesen war, wo jetzt die Bäume standen. Da schick als Träne ein Kindergefühl über sein Gesicht, eine schwelende Jugendschmerzlichkeit, die ihm die Brust und die Heimaterde schlug über ihm zusammen.

„Schade, der alte Mann ist tot. Und seine Geschöpfe sind auch tot,“ sprachen die Fremden. Und sie begruben ihn und alle Leichen, gaben das Land den Vertriebenen und Unterdrückten zurück und ließen heim.

Die gefangenen Oberdeutschen nahmen sie mit, aus weißer Vorhut; aber Götzenleuter, der neben dem entkorkten traurigen Kaiser ging, verzagte selbst jetzt noch nicht.

„Majestä!“ sagte er. „Lassen Sie den Kopf nicht hängen. Die Sache ging mächtig schief für uns, ohne Zweifel. Es gibt jedoch überall Gesinnungsgenossen. Denken Sie ja nicht, daß in den paar Jahrzehnten die rechte Frömmigkeit und der Aberglaube der monarchischen, kapitalistischen Denkmuster unter diesen Völkern ausgestorben sein könnte. Der alte Gott lebt schon noch! Aber dann, wenn wir erst wieder oben sind, Majestä, dann wollen wir die Würden aber funionieren.“

angestellten (nach dem 10. Berufsjahr) wären dann glatt der Unternehmerwillfür preisgegeben. Es würde eine unerhörte Behringszügigkeit einsehen, im übrigen das Niveau der Arbeits- und Lohnbedingungen für die Gesamtheit der Bankangestellten noch mehr sinken. Die Einführung der 46stündigen Arbeitswoche bedeutet die Aufhebung des seit Jahren bestehenden Samstagfrühschlusses. Punkt 5 der Forderungen kennzeichnet den Willen der Arbeitgeber zum alten, üblichen Betriebsabslutismus.

Die Bankleitungen denken nicht daran, eine Gehaltserhöhung zu bewilligen, trotz den gigantischen Gewinnen in verflochten und laufenden Geschäftsjahren. Da die Preiswelle in diesem Steigen ist, bedeutet das Steigebrechen der Gehälter und Löhne ein entsprechendes Sinken ihres Marktwertes. Das Fehlen des Reallohnes ist also praktisch Lohnabbau.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten hat die Forderungen der Unternehmer selbstverständlich mit Entrüstung abgelehnt und betrachtet sie als eine freche Provokation der Bankangestellten. Wenn die Bankkapitalisten den Kampf haben wollen, so sollen sie ihn haben. Die Bankangestellten haben keine Lust, sich der Diktatur der Bankkönige zu beugen.

### Badischer Landtag.

#### 14. Öffentliche Sitzung.

St. Karlsruhe, 27. Juni.

Präsident Kopp eröffnet die Sitzung um 5.30 Uhr. Von dem Abg. Odenwald (Dem.) ist ein Antrag eingegangen, im Anschluß an die im Reichstag verhandelte Aufhebung der Zwangsversicherung für Juden den Großhandel jetzt schon in seine Rechte einzuführen.

#### Wichtige kurze Anfragen.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Kraus-Heidelberg (Soz.), bei der

#### Ortsklasseneinteilung

nicht nur die Einwohnerzahl zugrunde zu legen sondern auch den Index usw. zu berücksichtigen, teilt Finanzminister Köhler mit, daß auch die Steuerungsklassen berücksichtigt werden; für Heidelberg hat sich bis jetzt eine höhere Klasse nicht ermöglichen lassen, doch dürften die neuen Steuerungsklassen eine Erhöhung bringen. Die badische Regierung ist in dieser Frage das Maßgebende. Jeder Tag bringt der Regierung neue Eingaben. Die Beurlaubung ist eine Folge der vorläufigen Ortsklasseneinteilung, die wir für ungenügend halten. Es sind rein willkürliche Veränderungen vorgenommen worden. (Inerhört!) Die Einteilung ist ohne der zugehörigen Aussprache vorgenommen worden. (Hört, hört!) Die Regierung hat deshalb im Reichstag gegen die vorläufige Einteilung gestimmt, bis jetzt jedoch in der Minderheit. Die Vorwürfe gegen die badische Regierung sind deshalb unberechtigt. Wir halten eine definitive Neuregelung für nötig. Die jetzigen Spannungen sind viel zu hoch. Notwendig ist die Beseitigung der Stiefelung der Steuerungsklassen und die Verengung der Ortsklassen. Ohne eine radikale Änderung des Ortsklassenverhältnisses ist keine Ruhe zu erreichen. Drei Ortsklassen müssen genügen: eine große Klasse, eine Klasse für übrige Plätze und eine Klasse für ganz billige Gemeinden. Diese 3 Ortsklassen müssen dabei nicht nach den Orten, sondern nach Territorien aufgebracht werden. Die Regierung wird in Berlin ihren Standpunkt mit Nachdruck und Umsicht vertreten.

Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.-N.L.) fragt wegen Vorkehrungen über die Anarten der

#### „Karlsruher Zeitung“

gegenüber Bayern an. (Zwischenruf links: Und die Anarten der „Süddeutschen Zeitung“?) Minister Annette teilt mit, daß der Verlag der „Karlsruher Zeitung“ der Braunsche Druckerei gehört. Der leitende Redakteur ist laut Vertrag für deren Inhalt der Regierung verantwortlich. Aus verschiedenen Gründen hat die Regierung seit der Umwälzung der Redaktion jedoch keine Vorschriften mehr gemacht. Der letzte Fall gab jedoch der Regierung Veranlassung, daß die Redaktion bei wichtigen Vorgängen die Regierung zu befragen hat und von jetzt ab nur im Benehmen mit dem Ministerium des Innern zu Tagesfragen Stellung nehmen darf.

Auf die Anfrage des Abg. Königsberger (Soz.) bezüglich berufstätiger Studenten

teilt der Regierungsvorstand mit, daß von der Immatrikulation Personen ausgeschlossen sind, die in einem Beruf stehen. Dagegen können Studierende nebenberuflich berufstätig sein.

Auf die kurze Anfrage des Abg. Markloff (Soz.) auf allgemeine Einführung von Sonntagskarten und eine gleichgerichtete Anfrage des Abg. Großhans (Soz.) teilt der Regierungsvorstand mit, daß eine Erweiterung der Sonntagsfahr-

arten erst mit Besserung der Betriebslage folgen darf, wohn das Streben der Regierung gerichtet ist.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Beratung über den Gesetzentwurf mit Vertrag über die Landeserleuchtungsversorgung wird abgesetzt, da der Haushaltsauschuss seine Vorarbeiten noch nicht vollendet hat.

#### Petitionen:

Die Petition des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine zwecks stärkerer Verzinsung der Techniker in leitende Stellungen wird der Regierung als Material überwiesen. Zur Petition der Pensionäre der Waffen- und Munitionsfabrik weist Abg. Horter (Soz.) auf deren Notlage hin und betont die moralische Pflicht der Fabrikleitung ihren alten Mitarbeitern zu helfen, da für den Staat keine Möglichkeit zum Eingreifen besteht. Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen. — Die Petition des Zentralverbandes der Industriellen und Witwen betr. Fahrpreiserhöhung auf ihrer Gaufortsetzung wird durch die Regierungserklärung erledigt erklärt, da für Baden keine Möglichkeit besteht, das Gesetz zu erfüllen.

Nächste Sitzung: Dienstag nachm. 3 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Landeserleuchtungsversorgung mit Petitionen. Schluß der Sitzung: 6.25 Uhr.

#### Eingänge wichtiger Gesetzentwürfe im Badischen Landtag

Dem Badischen Landtag sind verschiedene wichtige Gesetzentwürfe zugegangen, auf die wir noch weiter zurückkommen werden.

Vor allem handelt es sich um den Gesetzentwurf über die Landeserleuchtungsversorgung zwecks Gründung einer Aktiengesellschaft zur Verorgung des Landes mit elektrischer Energie mit einem Grundkapital von 30 000 000 M., wobei der Staat sämtliche Aktien übernimmt und der Staat für die von der Aktiengesellschaft — die die Mutterveranlagen übernimmt — auszugebenden Obligationen bis zum Betrage von 300 000 000 M. nebst 5 Proz. Zinsen die Bürgschaft übernehmen soll. Der Gesetzentwurf steht in der Landtagsitzung vom Dienstag, 28. Juni bereits zur Beschlußfassung.

Ein Gesetzentwurf über die Redaktionsalisierung ermächtigt das Staatsministerium, das Land Baden an der Redaktionsgesellschaft in Stuttgart durch Zeichnung von Aktien im Nennbetrag von 17 500 000 M. zu beteiligen und bei Kapitalüberführungen dieser Gesellschaft die Beteiligung bis auf 35 000 000 Mark zu erhöhen.

Dem Landtag ging eine Reihe Petitionen zu: Die Mietervereinigungen Mannheim und der Landesverband badischer Mietervereine fordern Wiedereinrichtung des Erpreßgesetzes. Von Waldshut wird der Ausbau des dortigen Realgymnasiums in eine Volkshochschule gewünscht. Von Rajait, Mehlich und Ruffendorf sowie Hornberg kommen Wünsche um Höherstellung im Ortsklassenverhältnis. Vom badischen Landesverband und der Arbeitsgemeinschaft der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen liegen Gesetze betr. Besoldungsstärkung und Besoldungsgrundlage vor.

Ein dem Landtag zugegangener Gesetzentwurf über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln beantragt die im Gesetz vom 15. Juni 1914 für die Maßnahme seiner Gültigkeit vorgesehenen Aufbesserungsbeträge (300 000 M. für die evangelischen Pfarrer, 350 000 M. für die römisch-katholischen Pfarrer, 800 000 M. für die alt-katholischen Pfarrer) auf Verlangen der obersten Kirchenbehörde des betr. Konfessionsfalls an die von ihr zu bezeichnende kirchliche Klasse auszugeben.

### Gemeindepolitik

#### Badischer Gemeindeverband

Der geschäftsführende Ausschuss des bad. Gemeindeverbandes hielt am 22. Juni auf dem Rathaus zu Ringolsheim im unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Julius Ringolsheim eine Sitzung ab. Dem Bericht ist zu entnehmen: Der Entwurf des bad. Arbeitsministeriums über Gründung von Wohnungsverbänden bildet eine geeignete Grundlage. Es sollen sämtliche Landgemeinden und die mittleren Städte unter 4000 Einwohnern zu Verbänden zusammengeschlossen werden, denen folgende Aufgaben zukommen: Beschlußfassung über die Höhe der zu erhebenden Wohnungsabgaben, Aufnahme von Anleihen, Aufstellung des Haushalts, Entscheidung über die einkommenden Darlehens- und Beitragsgebühren. Als Verbände sollen die Amtsbezirke gelten, da die Kreise zur Beurteilung der einzelnen Verhältnisse zu groß sind. — Die Gemeinden sollen aufgefordert werden, für die Anstellung einer genügenden Zahl von

Was sind die Fürsten? Sie sind nicht denn Tyrannen, schänden die Leute, unter Blut und Schweiß vertun sie mit Hofieren, mit unnützer Pracht, mit Euren und Ruben. Es hat Gott gegeben, im Deuteronomio: es soll der König nicht viel Pferde bei sich haben, und keine große Pracht führen, auch soll ein König das Geheiß in Händen täglich haben.

Was tun aber unsere Fürsten? Sie nehmen sich des Regiments nicht an, hören die armen Leute nicht, sprechen nicht Recht, halten die Straßen nicht rein, wehen nicht Nord und Süd, trafen keine Frevler und Missethäter, verdrängen nicht Witwen und Waisen, helfen nicht den Armen zu Recht, schaffen nicht, daß die Jugend recht erzogen würde zu guten Sitten, fördern nicht den Gottesdienst, so doch um solcher Ursache willen Gott die Dürigkeit eingeseht hat, sondern verderben allein die Armen je mehr und mehr mit neuen Beschwerden, brauchen ihre Macht nicht zur Erhaltung des Friedens, sondern zum eigenen Trost, daß einer seinen Nachbarn hart genug sei, verderben Land und Leut mit unnützen Kriegen, rauben, brennen, morden. Das sind die fürstlichen Tugenden, damit sie sich und umgeben. Ihr sollt nicht denken, daß Gott länger solches leiden wolle. Denn wie er die Kananiter vertilgt hat, so wird er auch diese Fürsten vertilgen.

#### Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Vereinstuchhandlung zu beziehen.)

**Wirtschaftslehre.** Eine gemeinverständliche Einführung von Univ.-Professor Dr. Georg Oßi, 355 Seiten. Zweite vollständig veränderte Auflage. 5.—14. Tausend. Gebunden 32 M. und der übliche Fernunterrichtspreis. Carl Ernst Poeschel Verlag, Stuttgart 1920.

Auf knappem Raum wird das gesamte Wirtschaftsleben in all seinen vielfältigen Erscheinungen und Wechselbeziehungen vor Augen geführt, und die wichtigen Zeitfragen, Valutaproblem, Geldentwertung, Käuferkraft, Frauenarbeit, freier Handel oder Zwangswirtschaft, Wohnungsfragen usw. kommen sämtlich von der Bestanzhaltung des Verfassers aus betrachtet, zur Behandlung. Die Meinung ist so aus der Entwicklung fallenden Krieges- und Revolutionserscheinungen und aufzuweisen als geradehinfortentwicklung längst angebahnter Politik, Mittelhandspolitif, Kartellwirtschaft und Sozialisierung, die in solcher anschaulicher Kürze und Vollständigkeit wohl noch nie zuvor zusammengefaßt wurde, werden als drei Töchter eines Stammes gezeigt. Wie alle Ökonomie Werke zeichnet sich auch dieses durch klare flüssige Darstellung aus, die lehrerliche Sachwissen voraussetzt, so daß es für den Leser keine „schwierige Kapitel“ gibt.

Fürsorgeleistungen durch die Kreise einzutreten. — Eine Erhöhung der bürgermeisterlichen Strafbesugnis bei Schulverhumnissen soll bei der Regierung beantragt werden. — Für Einzug der Beiträge zur Landwirtschaftskammer und zu den Handwerkskammern soll eine angemessene Einzugsgeldverlangt werden. Die Ausstellung der Forderungsettel hat durch die Kammern selbst zu geschehen und auch die Anfälle an Beiträgen sollen von ihnen getragen werden. — Der Antrag, daß die Steuererklärungen wieder in den einzelnen Orten abgegeben werden können, soll weiter verfolgt werden. — Die Befreiung der Gewerbesteuer von der Ertragssteuer wird begrüßt. — Das neue Reichsgetreidegesetz setzt an Stelle der Beschlagnahme und der zentralen Bewirtschaftung das Umlageverfahren. Die nicht für die Umlagen erforderlichen Getreidemengen läßt es von jeder Beschränkung frei. Pro Hektar Anbaufläche sind 8 Zentner Getreide abzuliefern. Die Umlage auf die einzelnen Erzeuger soll nach dem Antrag des Ausschusses nicht von den Gemeinderäten, sondern von den örtlichen landwirtschaftlichen Organisationen erfolgen. — Die Rückversicherung des Feuerversicherungsvereins badischer Gemeinden ist neu zu regeln. — Die Hauptversammlung 1921 soll Ende August in Gernsbach stattfinden.

#### 1. Verbandstag des Badischen Sparassens- und Giroverbandes

Am Samstag, 11. ds. Mts., fand in Konstanz unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden J. Bürgermeisters Ritter-Kannheim die erste Tagung des Bad. Sparassens- und Giroverbandes statt, zu der gegen 200 Vertreter badischer Sparassens- und Girovereine erschienen waren. Als Vertreter der Regierung wohnte Ministerialrat Dr. Bender-Karlsruhe den Verhandlungen bei. Als Gäste waren Abgeordnete anderer deutscher Sparassensverbände anwesend. Sparassensdirektor Schmelzer-Kannheim erstattete den letzten Geschäftsbericht des im Januar ds. J. in den Bad. Sparassens- und Giroverband umgewandelten bisherigen Sparassensverbandes. Der Direktor der Badischen Girozentrale Dr. Melker-Kannheim erstattete den Geschäftsbericht der Girozentrale, in welchem er einen recht erfreulichen Aufschwung der Girozentrale feststellen konnte. Der Sparassens- und Giroverband bringt in immer weitere Kreise des Volkes ein, ist er doch zweifellos am besten geeignet, den Bedürfnissen sämtlicher Schichten Rechnung zu tragen. Seine großen Vorteile, kosten- und spesenfreie Auslieferung sämtlicher Zahlungsaufträge, gute Verzinsung der Giroguthaben usw. machen ihn beliebt in Stadt und Land. — In seinem Referat „Kreis- und Stadtbanken“ berichtete Direktor Schmelzer über die Gründung, Wesen und Zweck solcher Anstalten, die hauptsächlich im Norden und Osten Deutschlands zahlreich errichtet wurden. Für Baden liegt zur Errichtung solcher Banken kein Bedürfnis vor. Dagegen wurde unter lebhaftem Zustimmung der ganzen Versammlung ein Antrag angenommen, in welchem von der Regierung die Erneuerung des Geschäftsberichts der Sparassens- und Girovereine gefordert wird. Weitergehende Bestimmungen bezgl. der Gewährung von Personalkredit und Hypothekendarlehen werden verlangt, damit es den Sparassens mehr als bisher möglich ist, dem Geschäftsmann und Handwerker zu helfen und damit zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft beizutragen. Direktor Dr. Melker-Kannheim eröffnete in einem Vortrage über Versicherungsvereine interessante Ausblicke über die Betätigung der Sparassens auf diesem Gebiete. Mit der Errichtung einer öffentlichen Versicherungsanstalt durch den Sparassens- und Giroverband erklärte sich die Versammlung grundsätzlich einverstanden. Bürgermeister Dr. Gugelmeyer-Lorrach hat den Sparassens- und Giroverband, der Pensionsversicherung der Beamten von Gemeinden und Sparassens besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man hat vergeblich beim Landtag und der Regierung die Selbstverwaltung für die Fürsorgekasse beantragt. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß man diesen gemeinsamen Anträgen der Gemeinden und ihrer Beamten nicht entgegen gekommen sei. So, wie die Regierung in Baden sei, würde sie nur dem Buchstaben des Gesetzes genügen, in Wirklichkeit seien manche Witwen und Waisen, die berechtigten Anspruch nähmen, ihre verzweifelte Lage durch Bürger- und Schlichtungsausschüsse der Straße zu verkünden, in bitterster Not. Unter lebhaftem Beifall der ganzen Versammlung erklärte der Redner, die Gemeinden würden nicht ruhen und rasten, bis sie selbst mit ihren Beamten zusammen diese Verhältnisse regeln könnten.

**Donnerstagsabende.** 28. Juni. Der Bürgerausschuss bewilligte nach lebhafter Debatte mit 51 gegen 4 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) die Mittel von rund 1 600 000 M. für die Errichtung eines Kranenhausneubaus, das mit allen modernen Einrichtungen, wie Isolerräumen, Operationsäulen usw. ausgestattet und als Bezirkskrankenhaus errichtet werden soll. Die Pläne sind von Prof. Dr. Graf-Karlsruhe ausgearbeitet worden. Der weitere Antrag des Gemeinderats, Ausbau der Festhalle, wurde von diesem zurückgezogen, da eine Ablehnung durch den Bürgerausschuss vorauszuweisen war.

### Jugend und Sport

#### 1. Bezirks-Schüler-Turnfest

Als ein Beweis der großen Stärke des 3. Bezirks vom 10. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes darf das am Sonntag in Rintheim stattgefundene Bezirks-Schülerturnfest angesehen werden.

Von allen Himmelsrichtungen kamen die Turnschüler in den Festort anmarschiert. Um 1 Uhr setzte sich der Festzug durch die hübsch gezielten Straßen in Bewegung. Es war ein herzerfreuetliches Bild, welches der Zug bot. Selbst dem unbedeutendsten Griesgram mußte das Herz freundiger schlagen, als er die Kinder, ca. 1000 an der Zahl, in ihrem hübschen Turngewande einhermarschieren sah, lauter frohe Gesichter, die wahre echte Freude gemienchen durften. Auf dem Festplatz boten die Schüler und Schülerinnen unter Leitung von Bezirksführerturnwart Gisele-Horn sehr hübsche Freiübungen, die mit lobenswerter Genauigkeit durchgeführt wurden. Der 2. Bezirksvertreter Turngen. Gisele-Karlsruhe richtete einige Mahnworte an die Kinder, stets fleißig die Turn- und Spielstunden zu besuchen im Interesse ihrer Gesundheit, um frohe, gesunde und glückliche Menschen werden zu können. Anschließend fanden Vereinsvorführungen an verschiedenen Geräten statt, die allgemein Bewunderung verursachten. Besonders lobend sind zu erwähnen — ohne die Leistungen der anderen Vereine zurückzusetzen — die Vorführungen der Daxländer und Karlsruher Schülerabteilungen. Jeder Verein erhielt für seine Leistungen ein Diplom überreicht. Mit großer Liebe und höchstem Ernst gaben sich die Kleinen trotz der geradezu tropischen Hitze ihrer eblen Arbeit hin. Gesang und fröhliches Turnspiel hielt die jungen und alten Festgäste besammnen, bis die Stunde des Aufbruchs nur zu früh die fröhliche Schar zum Verlassen der festlichen Stätte veranlaßte.

Am Vorabend feierte der Turnerbund Rintheim sein 25jähriges Stiftungsfest im Saale zur „Friedrichstrasse“. Nicht nur von Rintheim, sondern auch von auswärts waren die Besucher herbeigeeilt, sobald der Saal dicht besetzt war. Die zur Vorbereitung gebrachten turnerischen Leistungen — Stabübungen der Schüler, Bodenübungen der Jünglinge, Freiübungen der Turner, Barrenturnen der Altersriege, Vereinsturnen an drei Pferden und Freipyramiden — waren tadellose Arbeit. Ein gut gelungener Theatraler Bauerntanzen und ein Rednerturn besloß das turnerische Programm. Der Sängerbund Rintheim unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Graf brachte hübsche Lieder mit beachtenswerter Klangfülle und Reinheit zu Gehör. Hoffentlich jungt der Verein nicht nur Freizeitschöre, sondern

### Theater, Kunst und Wissenschaft

Musikfest in Karlsruhe. Vom 27. September bis 3. Oktober findet in Karlsruhe ein „Karlsruher Musikfest“ statt. Das Programm umfaßt 5 Abende. Am Dienstag den 27. September werden in einem „zeitgenössischen Komponistenabend“ Prof. Dr. Hans Fikner, Prof. Hans Schreier und Erich Wolfgang Korngold eigene Werke dirigieren. Am zweiten Abend, 28. September, leitet im Landesopertheater der Komponist Erich Wolfgang Korngold seine Oper „Die tote Stadt“. Am Freitag den 30. September geht Hugo von Hoffmannstals Komödie „Der Bürger als Edelmann“ in neuer Fassung und mit der Straußschen Musik von Operndirektor Cortolozzi und Opernregisseur Baumhach geleitet, über die Bühne. Am Sonntag, 2. Oktober, findet die Aufführung der Jugendoper Mozarts „Die verfehlte Einfall“ mit Text von A. Hudobly statt und den Beschluß bildet am folgenden Abend Beethovens „Missa Solennis“ unter Mitwirkung der Solisten der Landesoper, des Landesopertheaterorchesters und Opernschors und hiesigen Gesangsvereinschören; die musikalische Leitung hat Operndirektor Fritz Cortolozzi.

Der Kammermusik-Abend des Bräuer Post Streich-Quartett mußte umstände halber auf September verlegt werden. Hierdurch wurde die Frist für Einführungen von Werken bis zum 10. August verlängert. Die Aufführung erfolgt für alle geeigneten Werke kostenlos. In Betracht kommen nur Kompositionen, welche noch nicht öffentlich aufgeführt wurden. Das Richterkollegium besteht aus den Herren Hofrat Prof. Winterstein, Prof. Gustav R. Vogel, Dr. Paul Grel, Dr. Franz Bimbert und Komponist Bernhard Sellas. Alle Zuschriften und Sendungen sind an die Geschäftsleitung des Bräuer Post-Quartett Frankfurt a. M., Gärtnerweg 56, zu richten.

#### Was sind die Fürsten?

Das schlechte Gedächtnis der Menschen ist der mächtigste Bundesgenosse jeder Reaktion. Erleben wir im republikanischen Deutschland nicht bereits wieder, daß eine verlogene und organisierte Werbung umgeht für den monarchischen Gedanken? Es ist Pflicht jedes Republikaners, diese heuchlerische Agitation schonungslos zu enthüllen und das wahre Wesen der Fürstenherrschaft aufzudecken. Der große Volksfreund Thomas Münzer Anführer der revolutionären Bauern in Mitteldeutschland, hielt im Jahre 1526 vor der Schlacht bei Frankenhausen eine Rede, in dem er dieses Bild der Fürstenherrschaft zeichnete:

schließt sich in Zukunft auch den freien Sängern an. Turnen, Höger streifte in kurzen Zügen die Vereinsgeschichte in den 25 Jahren und überreichte 14 Gründern für ihre Mitarbeit Diplome. Die Größe und Glückwünsche des Bezirks überreichte Turnen. Grimm-Karlsruhe. Vom H.C. Nordstern und dem Sängerbund wurden dem Verein ebenfalls die besten Glückwünsche überreicht. Turnen. Höger dankte für all die Ehrungen, worauf die harmonisch verlaufene Feier ihren Abschluß gefunden hatte.

### Die Flaggenfarbe im Reichstag

Berlin, 27. Juni. Im Reichstag wurden am Montag nach der Geschäftsordnungsmaßnahme Erledigung der üblichen Strafverfolgungsanträge gegen mehrere Abgeordnete einige Nachträge zum Haushaltsplan verabschiedet. Sodann stand die Flaggenfrage zur Verhandlung. Bekanntlich hat Deutschland das Zweiflaggen-System. Die Reichsflagge ist nach der Verfassung schwarz-gold, während die Handelsflagge die Farben schwarz-weiß-rot mit den schwarz-rot-goldenen Farben in den linken oberen Ecke aufweist. Die Schiffahrtskreise forderten von jeher für die Handelsflagge die Farben schwarz-weiß-rot, weil sie im Ausland bekannt und auf See besser sichtbar seien. Eine Verordnung hatte die schwarz-weiß-rote Flagge für den Handel bis zum 1. Juli d. J. vorgegeben. Auch der Reichsrat hatte sich dafür ausgesprochen. Sämtliche bürgerliche Parteien hatten nun im Reichstag einen Antrag eingebracht, in welchem die Regierung ersucht wird, die Verordnung über die deutsche Flagge, soweit sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Für die Handelsflagge sollen die Farben schwarz-weiß-rot gelten.

Der Antrag wurde mit 121 gegen 120 Stimmen bei schwach belegtem Hause und bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die sozialistischen Parteien und die Kommunisten und einige demokratische Abgeordnete.

### Sitzungsbericht

21. Berlin, 27. Juni. Präsident Eise eröffnet die Sitzung am 2.20 Uhr.

Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Hillen (Komm.) wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Die nachgehende Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Heide mann (Komm.) wird nicht erteilt.

Es folgen Nachträge zum Haushaltsplan. Der Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau wird ohne Aussprache angenommen, ebenso der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Dabei gelangt ein Antrag Doh (Soz.) zur Annahme, zum Zweck der Schulung der Betriebsratsmitglieder 1 Mill. Mark einzusetzen; im nächsten Haushalt sollen zur Förderung von Heimstätten und hausgenossenschaftlichen Verbänden 500 Mill. Mark eingestellt werden. Beim Reichsverkehrsministerium wird eine Entschädigung angenommen, die zur Förderung der Seeverbindung mit Ostpreußen Subventionen für die beteiligten Schiffahrtsgesellschaften fordert. Ferner wird die Beschleunigung der Baurbeiten zu einem Großschiffahrtswege vom Ruhrgebiet nach Bremen und Hamburg gefordert. Eine Denkschrift soll vorgelegt werden. Der Haushalt wird angenommen.

### Die Flaggenfrage

Ein Antrag Dr. Feder-Hessen (D. V.), Trimborn (Ztr.), Herat (D.M.), Reich (Vahr. V.), Dr. Petersen (Dem.) ersucht die Regierung unter Würdigung des einmütigen, von der deutschen Meeres- und Seemannschaft, den Seemannschaften, den Vertretungen des Uferseehandels und den Auslandsdeutschen dem Reichstag vorgebrachten Wunsches, die Verordnung über die deutsche Flagge, soweit sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, weil durch eine Änderung der alten Handelsflagge der Wiederaufbau der deutschen Seefahrt, die Wiederanknüpfung überseeischer Handelsbeziehungen und die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer alten Heimat gefährdet würden.

Abg. Dr. Gildemeister (D.V.) begründet den Antrag. Nach der Reichsverfassung soll für die Handelsflagge eine schwarz-rot-goldene Gösch in der linken Ecke der schwarz-weiß-rotten Fahne eingefügt werden. Deutschland hat also das Zweiflaggen-System. Diese Gösch ist unzureichend. Die schwarz-weiß-rote Fahne soll nach dem Wunsch der Auslandsdeutschen rein erhalten werden. Unter diesen Farben ist unsere überseeischen Beziehungen gefährdet. In Chile haben sich 95 Prozent der dort ansässigen Auslandsdeutschen für die Beibehaltung der alten Farben ausgesprochen; wird diesem Wunsch nicht entsprochen, so besteht die Gefahr, daß die deutsche Handelsflagge über See überhaupt verschwindet. Wir ersuchen also um Annahme unseres Antrages. (Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.) Dieser Antrag ist befremdend, denn die Flaggenfrage sollte durch die Verfassung entschieden sein. Warum immer wieder diese neuen Verträge, die alten Farben wieder einzuführen. Aus diesem Antrag spricht der Haß gegen die Republik. (Widerspruch.) Wird Ihnen (nach rechts) bei der Handelsflagge die alte Fahne genehmigt, so gehen ihre Wünsche nach ihrem Wert beurteilt. Tausende von Deutschen im Ausland freuen sich aber, wenn das Reich der Deutschen im Ausland den alten Farben wieder erhebt. Die meisten Länder, mit denen wir Handel treiben, sind ja Republiken oder nahe daran. Leider haben die Demokraten gegen die republikanische Gösch Stellung genommen. Die Rechte wünscht einen Volkenscheid über diese Flaggenfrage. Sie soll unter der Parole erfolgen: Hier alte Wurzeln, hier Republik. Dann werden wir ja sehen, wo das Volk steht. Die deutsch-nationale Auslandspresse führt das Deutschland ist erstaunt. Die Farben der deutschen Einheit sind auch die Farben der Republik. Es sind die alten Farben des deutschen Reiches. Die schwarz-weiß-rote Fahne wurde beim Umsturz überall von der roten Fahne abgelöst. Auf allen Staatsgebäuden wehte diese in November 1918. Diese rote Fahne konnte nicht mehr durch die niedergeholte schwarz-weiß-rote Fahne ersetzt werden, sondern nur durch die allgemeinen hochdeutschen Farben. Die schwarz-weiß-rote Fahne ist zur deutsch-nationalen Kampfflagge gegen die Republik geworden.

Abg. Braun (Soz.) weist darauf hin, daß die Annahme des Antrages eine Verfassungsänderung sei, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein würde.

Präsident Eise: Darüber mögen sich die Staatsrechtler ärgern. Die Frage wird wahrscheinlich den Staatsgerichtshof beschäftigen. Durch Annahme des Antrages könnte die Verordnung über die deutsche Flagge hinausgeschoben werden.

Abg. Oberfahren (D.M.): Es handelt sich um keine politische, sondern um eine wirtschaftlich technische Frage. Dr. David hat eine heutige Rede bereits am 2. Juli 1919 fast wörtlich gehalten. Er hat sich nichts gelernt und nichts vergessen. Kommt es zu einem Volkenscheid, dann sind wir unserer Sache gewiß. (Beifall rechts.) Die Farben schwarz-weiß-rot sind die Farben des alten deutschen Reiches auch für die Arbeiterklasse. Der Sozial-

demokrat Paul Müller, der Führer des Aktionsausschusses der seemannischen Berufsstände, in dem alle Parteien vertreten sind, hat sich für die reine schwarz-weiß-rote Handelsflagge ausgesprochen. Der ganze Ausschuss hat sich hinter Müller gestellt (Hört, hört! rechts) Zugleich wird erklärt, daß die Sozialdemokratie kein Verständnis für die deutsche Schiffahrt und Meeres- und für das Schicksal der seemannischen Bevölkerung habe. Mit einer Veränderung unserer Flagge auf dem Meere haben wir uns im internationalen Verkehr lächerlich gemacht. In Duala ist ein deutscher Dampfer die Einfahrt von den Franzosen verweigert worden unter der Begründung, er habe eine falsche Flagge geführt. Die deutschen Seeleute wollen unter der schwarz-weiß-rotten Flagge fahren, weil unter ihr der deutsche Seehandel einen ungeheuren Aufschwung genommen habe.

Abg. Breitfeld (U.S.P.) Die Flaggenfrage ist uns im allgemeinen gleichgültig. Die Hauptsache ist, was unter dieser Flagge geschieht. Die Unterzeichnung der Demokratie unter den Antrag ist ein Beweis für die Jämmerlichkeit des deutschen Bürgertums. Sie ist ein Symbol, wie es die Demokratie noch rechts nicht. Bei der ganzen Sache handelt es sich um einen reaktionären, monarchistischen Vorstoß, um einen Vorstoß gegen die Republik. Die Reaktionen fühlen sich wieder stark genug, nachdem sie im November 1918 in die Kasse geschlagen wurden. Seit dieser Zeit haben sie sich nicht mehr ausfüllen können. Die Demokraten haben sich von den Reaktionen einfangen lassen. Der Antrag ist nur eine Etappe in dem Feldzug gegen die schwarz-rot-goldene Flagge.

Abg. Doh (D.V.) tritt als Auslandsdeutscher für die Beibehaltung der alten Farben ein. Für die Auslandsdeutschen, auch die sozialdemokratischen, ist die schwarz-weiß-rote Flagge das Symbol unter dem Deutschland groß geworden ist.

Abg. Heil (Dem.): Es handelt sich hier um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage und um keine politische Frage. Es ist ein Dilemma, wenn die Abg. Dr. Breitfeld und Doh behaupten, daß wir in Weimar eine Verbindung mit Zentrum und Sozialdemokratie eingegangen seien, um für die schwarz-rot-goldene Flagge zu stimmen. Die deutschen Demokraten haben ihre Stimme in dieser Angelegenheit nach ihrem eigenen Ermessen abgegeben. Wir glauben, daß es verfehlt ist auf dem Meere einen Flaggenwechsel vorzunehmen. Als wir den Antrag unterschrieben hat sich keiner von uns etwas reaktionäres dabei gedacht. Die Flagge schwarz-rot-gold darf nicht verächtlich gemacht werden, als heiliges Symbol der deutschen Einheit ist sie zu achten (Zuruf des Abg. Hoffmann (Komm.): In welchem Winkel Ihres Herzens geschieht denn das?) Abg. Heil fortfahrend: Gehen Sie fort mit Ihren Jürtschreien (allgem. lebhafteste Zustimmung.) Das deutsche Volk muß endlich erkennen, daß ihm die Einheit nicht billig gehalten wurde, sondern daß sie durch schwere Kämpfe errungen worden ist.

Abg. Dr. Breitfeld (U.S.P.) Der Antrag hat keinen technischen Charakter, sondern ist reaktionärer Natur.

Abg. Koch-Weser (Dem.) legt nochmals den Standpunkt der demokratischen Fraktion dar. Wir wollen einen festen Zusammenhalt der Nation. Wir haben uns für Schwarz-weiß-rot entschieden, weil unsere Schiffahrt unter dieser Flagge groß geworden ist. (Beifall links.) Präsident Eise bittet um Ruhe.

Abg. Weiser (D.V.) weist darauf hin, daß der Reichspräsident bereits den Standpunkt eingenommen habe, daß es sich in der Frage um keine Verfassungsänderung handelt.

Präsident Eise erklärt, daß der Reichstag nicht zu entscheiden habe, ob eine Verfassungsänderung vorliege; das sei Aufgabe anderer Instanzen.

Die nun folgende Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 121 gegen 120 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Dagegen stimmten die sozialistischen Parteien und die Kommunisten und die demokratischen Abgeordneten Erdenz, Schuldt.

Der beschleunigte Antrag der Sozialdemokraten für die Gleichstellung der Frauen in der Justiz wurde dem Rechtsausschuss überwiesen. Hierauf betrug sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr. Kapitalsfluchtgesetz. Schluß nach 7 Uhr.

### Badische Politik

#### Dr. Major Wüstenhüt

Zu den Verhaftungen in Freiburg erfährt die heutige „Volksmacht“, daß einer der Verhafteten der Major Grohe ist, der als aktiver Offizier bei den 118ern stand. Dieser Herr Grohe führte auch eine Zeilung ein Bataillon der 108er, wobei er bei Offizieren wie bei Mannschaften wegen seiner rücksichtslosen Strenge und seiner oft grotesken Schreienhaftigkeit gleichermäßen gefürchtet und verehrt war. Im Bataillon erhielt er den Spitznamen „Major Wüstenhüt“, weil er mit einem wahren Fanatismus darauf sah, daß die Mannschaften die Feldmühe richtig auf dem Kopfe sitzen hatten; die Leute mußten sich Pappecken- oder Lederbüchsen in die Mähe nähern damit diese, die im Graben meist das einzige Kopftuch war, das dem Soldaten zur Verfügung stand, ja nicht zusammenklappte. Wehe dem, der einmal mit einer zusammengebrückten Mähe erwischt wurde! So wurden die Leute selbst in vorderster Stellung schikaniert. Sein Weggang im Januar 1917 war einer der größten Freudentage des Bataillons sowohl für die Offiziere wie für die Mannschaften. Daß solche Offiziere nun bei der Dr. Major Wüstenhüt sind, nimmt nicht wunder.

Ein weiterer Festgenommener war ein Herr Viktor Gimmelsbach. Er soll ein Sohn eines der Herren Himmelsbach von der weltbekannten Solzfirma gleichen Namens sein. Wie weit die Untersuchung in der Freiburger Affäre, die im Zusammenhang steht mit den Waffenschließungen und der Gründung von Geheim-Organisationen in Baden, fortgeschritten ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Es steht fest, daß die enormen Gelder, welche die Dr. Major Wüstenhüt für Propaganda- und Organisationszwecke zur Verfügung haben, in der Hauptsache von der Großindustrie stammen. Zu Wüstenhüt gegen die Republik und zu Rüstungszwecken für den Bürgerkrieg scheuen die Geldsäcke keine Opfer; aber wenn sie dem verarmten Vaterland einen Teil ihrer im Krieg und nachher in Geschäften mit eben diesem armen Vaterland „erarbeiteten“ Millionen in Form von Steuern abgeben sollen, dann lassen sie durch ihre Trabanten in der stimmlosen Presse den Nachweis führen, daß die Industrie zugrunde geht, wenn ihr solche Opfer zugemutet würden.

### Schwergericht Karlsruhe

Karlsruhe, 27. Juni. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oser nahm heute vormittag das dritte Schwergerichtssitzung ihren Anfang. Auf der Anklagebank saßen 22 Jahre alte Dienstknecht Paul Kirfing aus Ravensburg und der 26jährige Bäcker Gg. Pfaff aus Unterschleißheim, beide des

Strafverurteilt. Man hatte es in Psyche und Lebensverhältnissen mit grundverschiedenen Menschen zu tun. Vom 15. Lebensjahre an in der Fremde, meldete sich Kirfing 1918 als Freiwilliger und wurde im Krieg verwundet. Ein äußerst intelligenter Mensch, kam er mit 21 Jahren auf die (Schiff-) Ebene durch einen

Schiffesbrieff. Von da ab datieren eine Reihe weiterer, zum Teil schwerer Diebstähle und die gegenwärtige Straftat. Während sich die Eltern des Kirfing nicht um den Sohn kümmerten, bereitete Pfaff seinen Angehörigen schon früh recht viele Sorgen. Er machte gleichfalls den Feldzug mit und hatte infolge seiner Verwundung einen gelähmten Arm. Auch auf Pfaff lasten bereits schwere Eigentumsdelikte, die bis aufs Jahr 1918 zurückzuführen sind. Er ist allerdings ein geistig minderwertiger Mensch, wofür auch sein eigenartiges Verhalten während dieser Verhandlung zeugt. Die beiden Angeklagten, die lange leugneten, waren heute in vollem Umfang geständig. Danach war Kirfing Ende Dezember in Baden-Baden in der Unterjagdhaft ausgebrochen und hatte sich nach Durach begeben, wo er mit Pfaff, einem Bekannten aus dem Gefängnis zu Karlsruhe, zusammentraf. Beide fuhren nun den Entschluß, eine Frau die Handtasche wegzunehmen in der Meinung, daß dies eine „Kleinigkeit“ und zum andern keine Tat sei, auf der so schwere Strafe ruht. Beide trieben sich am Abend des 8. Januar auf der Straße Wolfartsdörfer-Durach umher, um im geeigneten Augenblick, d. h. als sich der nötige Mut einstellte, beim Jogen Kirfing entriegeln die Frau Anna Dührer aus Karlsruhe anzufallen. Kirfing entriegelte die Frau nach heftiger Gegenwehr die Handtasche mit 70 M Inhalt und eine Kanne mit 2 Liter Milch, während Pfaff mit dem Schirm des Kirfing Schlag auf den Kopf brachte, ohne sie indessen erheblich zu verletzen. Die Täter flüchteten nach Durach, teilten das Geld unter sich und überließen schon am nächsten Tag einen Diebstahl in Steinbach. Auf der Fahrt nach Karlsruhe sprang Kirfing aus dem Zuge als er merkte, daß man ihm auf den Fersen war. Doch die Freiheitsfreude war nur kurz. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, wie auch die Frage nach milderen Umständen, worauf der reuige Kirfing zu 1 Jahr 6 Monaten, Pfaff zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Unter Ermächtigung früherer Strafen erkannte man gegen den ersteren auf eine Gesamtstrafe von 3 Jahren, gegen Pfaff auf eine solche von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis.

Der zweite Fall betraf die Anklage gegen den Kanstleierstudenten Alfred Dieck aus Barr (Elsas) wegen Diebstahls und Münzverbrechens.

Die Verhandlung ergab: Der Angeklagte, der Elässer ist, wohnte in Au a. Rh. und war hier beim Landesfinanzamt beschäftigt. Dort wurden zur Bezahlung des Reichsnotebankriegensanleihen und dazu gehörige Zinscheine abgeliefert. Weß hatte diese Zahlungsmittel zu prüfen, nachdem die Kriegsanleihe durch einen Stempel und durch Zinscheine und die Zinscheine durch blaue Zinscheine ersetzt worden waren. Weß erwiderte nun eine Anzahl Kriegsanleihen und Zinscheine und rüdierte mit einem Anhang die blaue Zinscheine weg. Die Stempel bedeckte er durch Zintenzettel. Dann verkaufte er für 2000 M Schuldverschreibungen beim Bankhaus von Gless und für 85 000 M bei der Mitteldeutschen Kreditbank in Karlsruhe. Darauf ging er ins Elsas sichtig und hinterließ seiner Frau in Au a. Rh. einen Brief, in dem er sie tröstete und ihr mitteilte, daß er für sein und ihr Wohlergehen gesorgt habe. Außerdem hinterließ er eine Summe von 9000 M in Kriegsanleiheheften. Als die Frau sich darüber klar war, daß ihr Gatte das Geld nicht auf rechtmäßige Weise erworben, brachte sie es dem Landesfinanzamt. Inzwischen hielt sich Weß in St. Amarin und in Weller im Oberelsas auf. Dann kam er am 20. Januar nach Karlsruhe, hielt sich hier 14 Tage lang auf und begab sich darauf nach Straßburg. Schließlich reiste er nach Karlsruhe zurück und stellte sich der Behörde, die er sich heftige Vorwürfe über seine Handlungen machte und mit seinem Gewissen ins reine kommen wollte. Am 8. Februar wurde er festgenommen. Durch die Handlungen Weß ist der Fiskus nicht, aber sind die Banken (Elsas) und Mitteldeutsche Kreditbank geschädigt worden. — Die Anklage wurde von Staatsanwalt Dr. Hünneberg vertreten, Verteidiger war Rechtsanwalt Dieckbold. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Unterforschung und Zustimmung mildender Umstände und die Frage nach Betrag. Auch hier billigte sie mildere Umstände zu. Die Schuldfrage nach Diebstahl und Münzverbrechen wurde verneint. Aufgrund des Wahrpruches der Geschworenen wurde der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr, abzüglich 4 Monaten 3 Wochen Untersuchungsstrafe. Der Angeklagte kam auf freien Fuß.

Der Bürgermeister von Schönen. In der Hauptverhandlung der Strafkammer Waldsbut wurde der Bürgermeister Engesser von Schönen wegen Amtsunterschlagung, Falschheits und Falschbeurkundung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und den Kosten des Verfahrens verurteilt. 4 Monate Untersuchungsstrafe werden ihm angerechnet. Bürgermeister Engesser wird, wie berichtet, Berufung gegen das Urteil einlegen.

### 14. Generalversammlung der Maschinisten und Heizer

Karlsruhe, 27. Juni 1921. (Eigener Bericht des „Volksfreund“.)

Die Generalversammlung wurde heute vormittag 9 Uhr hier in der „Eintracht“ vom Verbandsvorsitzenden Albrecht eröffnet. Es sind 60 Delegierte und drei Vorstandsmitglieder anwesend. Als Gäste erschienen von der Bad. Regierung Regierungsrat Prull, von der Stadt Karlsruhe Bürgermeister Sauer, vom Ortsausschuß des Gewerkschaftsbundes Hof-Karlsruhe, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vertritt Adolf Cohen-Berlin und den Vfd-Bund Schneider-Karlsruhe. Weitere Vertreter haben entsandt der Bundesverband der Tschedlo-Slowatei, der Lokomotivführer-Verband und der Fördermaschinen-Verband.

Verbandsvorsitzender Albrecht dankte in seiner Eröffnungsrede der Karlsruhe Mitgliedschaft für den herzlichen Begrüßungabend, der den Delegierten gestern Abend bereitet worden ist. Dann wies er auf die Bedeutung der Tagung hin, die begeben werde unter schweren wirtschaftlichen Verhältnissen. Auf der anderen Seite erhebe die Reaktion Kühner als je Haupt. Albrecht gedachte des Reichsmordes am Gareis. Die organisierte Arbeiterklasse sei darin einig, daß solchen Machtmitteln entgegengetreten werden müsse. Wenn zum Kampf aufgerufen werde, um solche reaktionäre Pläne abzuschlagen, werde der Verband der Maschinisten und Heizer seinen Mann genau so stehen, wie in den Kapitagen. Die Generalversammlung muß die Wege zeigen, die in den nächsten zwei Jahren begeben werden sollen. Wir müssen ein einheitliches Programm aufstellen. Unser Verband bedarf Einigkeit und Geschlossenheit, um stark zu sein. Das muß der Geist sein für die Arbeiten der Generalversammlung.

Die Generalversammlung konstituierte sich hierauf und setzte eine Reihe Kommissionen ein.

Es folgten sodann eine Reihe Begrüßungsansprachen, von denen die des Vertreters der badischen Regierung, Regierungsrat Prull-Karlsruhe besonders bemerkenswert war. Er überbrachte die herzlichsten Grüße des Arbeitsministers Dr. Sager, der der Tagung den besten Erfolg wünsche. Für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft sei Voraussetzung der Wiederaufbau der Volkstrust. In höherem Sinne Sozialpolitik treiben heiße Gemeinheitspolitik treiben.

Seite 4

Redner verweist auf den hohen kulturellen Wert und sagt, in den Gewerkschaften seien die zahlreichen Kräfte zu erkennen, die zur Sonnenhöhe der Kultur drängen. Die Tagungen der Gewerkschaften wären deshalb Marksteine in das Land der wahren Zivilisation. (Lebhafte Beifall.) — Bürgermeister Sauser begrüßt die Delegierten namens der Stadverwaltung Karlsruhe und wünscht den Verhandlungen besten Erfolg. — Nachher überbringt die Grüne und Wänsche der Kollegen der Tschecho-Slowakei. Er verweist im Verlauf seiner Rede auf die Schwierigkeiten, unter denen seine Berufsorganisation zu leiden hat, denn in seinem Lande würde das System der Betriebsorganisation sehr stark propagiert. Die in dem Berufsverband der Maschinen- und Feiler organisierten Kollegen seien aber mutige, solidarische Kämpfer für die gerechte Sache der Arbeiterschaft. — Die Vertreter des Fördermaschinenverbandes und des Lokomotivführerverbandes wünschen den Beratungen des Verbandstages vollen Erfolg. — Hof vom Ortsausschuß Karlsruhe des Gewerkschaftsbundes hofft, daß die Beratungen und Beschlüsse in dem Bewußtsein der dringenden notwendigen Einigkeit und Brüderlichkeit geführt und gescheit werden, um das hohe Ziel der Arbeiterbewegung, die Befreiung der Arbeiterschaft, zu erreichen. — Schneider-Karlruhe von der „Aia“ führt aus, daß in seiner Organisation 700 000 Kostenbewußte Mitarbeiter organisiert sind, die gleich der Handarbeiterschaft den härtesten Kampf führen gegen das Kapital. Auch er wünscht im Auftrag des Abwesenden den Verhandlungsarbeiten vollen Erfolg unter dem Wahlspruch: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Den Geschäftsbericht des Vorstandes

erstattet hierauf verbandsvorstandender Redner. Er verweist auf den gedruckten Bericht und betont, die Hauptaufgabe des Verbandes sei gewesen, stärker als bisher die Interessen der Kollegen zu vertreten. Dazu war notwendig, einen guten Verwaltungsapparat und eine starke Organisation zu schaffen. Die Stärke und Kraft der Gewerkschaften richte sich nicht nur nach der Mitgliederzahl, sondern auch nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Und diese ist bei unserer Organisation sehr groß. Redner bespricht hierauf die inneren organisatorischen Einrichtungen des Verbandes. Das System der Reichsfektionsarbeiten habe sich bewährt. Die auf dem letzten Verbandstag in Halle beschlossene notwendige Reorganisation sei ziemlich einsehend für die Organisation gewesen. Doch seien alle Beschlüsse immer in Gemeinschaft mit dem Beirat gefaßt worden. Der Verband stehe finanziell heute so gerüstet, daß die Generalversammlung es nicht notwendig habe, sich mit der Beitragsfrage zu beschäftigen. Noch keine Verbandstagsversammlung habe auf solche Erfolge zurückblicken können. Mit den verwandten Organisationen habe man in bestem Einvernehmen gearbeitet. Dem sei es auch zu verdanken, daß ein guter Kartellvertrag mit dem Fördermaschinenverband zustande gekommen. Bei diesem Kartellvertrag sei von entscheidender Bedeutung, daß als Endziel die Beschäftigung ausgesprochen sei. Beachtenswert sei, daß in dem Verband der Maschinen- und Feiler nicht nur die gewerblich tätigen geschäftlich seien, sondern auch die in kommunalen und staatlichen Betrieben Angestellten, Maschinen- und Feiler. Redner bespricht noch die

separatistischen Bestrebungen

innerhalb des Berufes. Der Streit um die Arbeiterschaft habe sehr nachgelassen, denn von 50 Geschäftsstellen hätten nur 5 und von über 300 Poststellen nur 2 den Austritt aus der Arbeiterschaft verlangt. Die Ausgestaltung der Feilerstellen habe man sich durch Mitarbeit in der Arbeiterschaft errungen. Die Ausführgabe für Unterstützung der Kreisgänger und der Invaliden und Rentner wurde auf Anregung der Arbeitnehmer in der Reichsarbeitsgemeinschaft durchgesetzt. Obwohl anfänglich nur 500 Millionen Einnahmen veranschlagt waren, hätte man nach ein paar Monaten schon 1,5 Milliarden Mark Einnahmen machen können. Das wichtigste sei vor allem aber auch gewesen, daß man in der Reichsarbeitsgemeinschaft zum ersten der Sozialisten habe mitwirken können. Bedauernd sei, daß der Verband trotz aller Bemühungen keine Vertretung der Maschinen- und Feiler im Reichstagsrat bekommen konnte. Der Referent bespricht sodann eingehend den Kampf der Organisation gegen die technische Nothilfe. Diese sei nicht nur sehr kostspielig, sondern völlig überflüssig. Der Verband müsse versuchen, die technische Nothilfe in der Praxis überflüssig zu machen und dürfe grundsätzlich die Ausführung von Notstandsarbeiten nicht verweigern. Redner gab hierauf eine ausführliche Schilderung der Kämpfe der Organisation, besonders des Elektrizitätsarbeiterstreiks in Berlin und sagte in Bezug auf

Berliner Vorgänge

unbedacht und blindlings könne man auch in der Republik keine Bewegung machen. Somit schlage der Erfolg in das Gegenteil um. Im allgemeinen könne sich der Verband mit einem Erfolg bei den Lohnbewegungen sehen lassen. Bei einem Rückblick auf die Verhältnisse könne man sagen, die Organisation habe einen

sehr guten und großen Fortschritt

zu verzeichnen. Wenn so weiter gearbeitet werde, würde es gelingen, das Ziel, alle Berufsgenossen in einer Gewerkschaft zusammenzufassen, zu erreichen. (Beifall.)

Am Nachmittag tritt der Verbandstag in die Diskussion über den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes ein.

Müller-Berlin wünscht Austritt aus der Arbeiterschaft, denn diese würde nur dazu dienen, die Profitwirtschaft der Unternehmer zu stützen. Der Verband der Maschinen- und Feiler müßte mehr denn je den Charakter als Kampforganisation wahren.

Kreiß-Düsseldorf ist der Meinung, daß der Beirat mehr als bisher aktiv und unparteiisch tätig sein müßte. Die Versuche, die Arbeiterschaft der Maschinen- und Feiler auf 10 Stunden zu erhöhen, müßte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden.

Bohrmann-Bitterfeld: Die Einrichtung des Reichsfektionsleiterbüros habe sich nicht bewährt. Der Verbandsbeirat müßte ebenfalls einen Tätigkeitsbericht geben.

Feiler-Leipzig schließt sich im allgemeinen den Ausführungen des Kollegen Müller-Berlin an. In Bezug auf die Arbeiterschaft tritt er aber für Verbleiben in derselben ein.

Der Streit der Berliner Elektrizitätsarbeiter und die Verurteilung des Reichspräsidenten über das Streikverbot spielen eine große Rolle in der Aussprache. Reinfeld-Berlin und Roslawski-Berlin vorbereiten sich eingehend über die Vorgänge beim Berliner Streit. Es seien ganz unwahre Behauptungen durch die Presse in die Welt hinausposaunt worden. Es habe sich um keinen wilden Streit gehandelt, sondern von Anfang an um einen gewerkschaftlichen Kampf. (Widerspruch.) Die Verurteilung des Reichspräsidenten beruhe wohl zum größten Teil auf falschen Informationen; die Verbandsinstanzen hätten auch in dieser Sache verfaßt.

Schlösing vom Hauptverband gibt eine eingehende Darstellung der Vorgänge beim Berliner Streit. Die Lohnbewegung sei allerdings nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen eingeleitet worden, aber das Wesentliche sei, daß sie nicht nach diesen gewerkschaftlichen Grundsätzen zu Ende geführt worden

sei. Die Streikleitung habe die Verbandsinstanzen ausgeschaltet. Der verstorbene Kollege Bilt habe ebenfalls kein erhebliches Teil, den Streit in falsche Bahnen zu leiten, beigetragen. In Berlin sei es so gewesen, daß nur ein bestimmter Personenkreis die Beschlüsse gefaßt habe. Den Beweis, daß bei den Berliner Vorgängen politische Drahtzieher mit am Werke gewesen seien, liefere eine Broschüre der F.A.P.D., die Stellung nehme zum Fall Bilt.

Reinfeld-Berlin ist im großen und ganzen mit der Tätigkeit des Hauptverbandes einverstanden. Bezüglich der Reichsfektionsleiter müsse gesagt werden, daß dieselben nicht allen ihren Verpflichtungen nachgekommen seien und das sie vor allem mehr Fühlung mit der Kollegenschaft nehmen müßten. Der Verbandsbeirat habe positive Arbeit geleistet und stets die Interessen der Mitglieder als Richtschnur benutz.

Wolling-Biel: Der Aufstieg der Organisation sei der beste Beweis von der geleisteten Arbeit. Die Bildung der Reichsfektionsleiter habe sich als gut erwiesen. Die Bedeutung der Arbeiterschaft müsse unterstellt werden. Solange keine bessere Institution geschaffen sei, müßte man sie benützen. Die Schlichtungsordnung müsse revidiert werden. Zum Schluß seiner Ausführungen bittet Wolling um tatkräftige Unterstützung der Berufsgenossenschaften.

Ein anderer Debattierender verlangt bei Grenzstreitigkeiten energischeres Vorgehen des Vorstandes des F.A.P.D. Die Technische Nothilfe sei am besten durch Disziplin und Solidarität der Arbeiterschaft zu beseitigen.

Mattis-Köln: Bei der Beurteilung der Arbeiterschaften sei die Zweckmäßigkeitfrage ausschlaggebend. Der Front der Arbeitgeber müsse die Macht und Geschlossenheit der Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Der Beirat hätte im Interesse der Kollegen wirksamere Arbeit leisten können, wenn es nach Industriezweigen zusammengestellt worden sei. Im besetzten Gebiet sei die „Technische Nothilfe“ durch die alliierte Kommission verboten worden. Aufgrund der Berliner Vorgänge sei dieses Verbot aufgehoben worden. Das sei die Rückwirkung.

Cohen, der Vertreter des F.A.P.D., weist darauf hin, daß die Arbeiterschaften nur eine Fortsetzung der Tarifpolitik der Gewerkschaften seien. Kein einziger Gegner hätte die Vorteile der A.G. widerlegen können. Es wäre möglich, daß die Arbeiter in der Arbeiterschaft durch die Bezirksvereine hätte abgelöst werden. In der Reichsarbeitsgemeinschaft hätten die Unternehmer eine Erklärung abgegeben, daß sie die geplante Preiserhöhung durch entsprechende Lohnerhöhung ausgleichen wollten. Es sei nun Aufgabe der Gewerkschaften, diese Lohnerhöhung auch durchzuführen. Der Artikel 166 der Reichsverfassung garantiere die Anteilnahme der Arbeiterschaft an der Erzielung der Wirtschaftsziele. Aufgrund der gegenwärtigen Situation liege kein Grund zum Austritt aus den Arbeiterschaften vor.

Die weitere Debatte zieht sich noch bis zum Schluß des 1. Verhandlungstages hin, bringt aber keine wesentlichen neuen Momente.

Durch Schlußantrag wird die Diskussion sodann geschlossen. Hierauf verlegt sich der Verbandstag auf Dienstag.

Aus dem Lande

Muggenlura, 27. Juni. (Pfliegerhalle) Die Pfliegerhalle kommt heute zum Abruch. Die Arbeiten erfordern eine Summe von 75 000 M.

Mannheim, 27. Juni. Im Retscher Altschein ist der 19-jährige Sohn des Landwirts Schilling ertrunken. — In einer schweren Messerschere kam es zwischen dem 21-jährigen Tagelöhner Johann Schmitt und dem 23-jährigen Tagelöhner Engert wider der letztgenannte lebensgefährlich verletzt wurde.

Mannheim, 27. Juni. In einem schweren Zusammenstoß zwischen zwei französischen Soldaten aus Ludwigshafen und einem Schutzmann ist es letzter Tage gekommen. Die französischen Soldaten weigerten sich ihre Ausrüstung vorzugeben und auf die Polizeiwache zu kommen und mißhandelten den Schutzmann in größtmöglicher Weise.

Adenau, 27. Juni. Die diebische Zweigfabrik der Friedr. Brückner Gummiwerk ist durch Großfeuer vollständig eingestürzt worden.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 28. Juni.

28. Juni. 1914 Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand und Frau in Sarajewo ermordet. (Vester Anlaß zum Ausbruch des Weltkrieges). — 1919 Deutschland unterzeichnet den Versailler Vertrag in Versailles.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Rastatt. Am Mittwoch, den 23. Juni, abends 10 Uhr, findet im „Schwanen“ Parteiverammlung statt, in welcher Genosse Grün-Karlsruhe einen Vortrag über „Arbeiterschaft und Sportbewegung“ halten wird. Wandervereinigung war in letzter Zeit anderweitig hart in Anspruch genommen, das ist jetzt vorbei, die politische Tätigkeit muß jetzt wieder besser zur Geltung kommen. Also, auf in die Parteiverammlung. Auch Volkshausbesucher sind willkommen.

Frauenversammlung

Morgen Mittwoch abends 10 Uhr findet im „Goldenen Adler“ eine Frauenversammlung statt, in der Genossin Geuser aus Mannheim über „Gibt es eine sozialistische Frauenfrage“ sprechen wird. Die Genossinnen werden erwidert, sich recht zahlreich einzufinden und an die Genossen richten wir den Appell, ihre Frauen und erwachsenen Töchter zum Besuch der Versammlung zu veranlassen. Der Arbeiterfratzenrat hat sich bereit erklärt, vor und nach der Versammlung ein Lied vorzutragen.

Und wiederum die Holz- und Kohlenpreise

Zu der unter obiger Überschrift in der gestrigen Nummer gebrachten Erklärung des Lebensbedürfnisvereins schreibt das Blatt, Brennstoffamt:

Wir nehmen von den in unseren beiden Erwidrerungen ausgesprochenen Behauptungen nichts zurück und sind jederzeit in der Lage und bereit, Beweise hierfür zu erbringen.

Es ist nicht wahr, daß wir in völlig unangebrachter Weise die Interessen des privaten Kohlenhandels verteidigen. Wahr ist hingegen, daß wir dem Lebensbedürfnisverein gegenüber in jeder Beziehung die größte Rücksicht üben, schon aus gesellschaftlichen Gründen, dann aber auch deshalb, weil wir uns mit Herrn Direktor Raucher in keinen Streit einlassen wollten.

Schließlich hat der Lebensbedürfnisverein unsere Behauptungen auch in seiner jetzigen Erwidrerung nicht widerlegt und es wird ihm dies auch nicht gelingen.

Wir bemerken nochmals, daß die Kleinverkaufspreise von der Landeskostenstelle Mannheim in Gemeinschaft mit allen Interessentengruppen, also auch Verbraucher und Genossenschaften, festgelegt werden.

Es lag also für uns kein Grund vor, gegen diese Art der Preisbildung zu protestieren, und auch der Lebensbedürfnisverein war seit Bestehen derselben damit einverstanden. Erst mit dem 16. April 1921 erschienen ihm diese Preise auf Grund seines alten Vorrats so hoch. Nicht wir, sondern der Lebensbedürfnisverein hat durch seine Veröffentlichungen diese Polemik vom Zaune gebrochen.

Christlobstische Karlsruhe

Nachdem nun beide Teile wiederholt zu Worte gekommen sind, glauben wir die Debatte schließen zu können.

Sozialdem. Verein — Bezirk Rastatt. Einem Teil unserer Genossen ist es noch nicht bekannt, daß wir eine gute Bibliothek haben, die viel zu wenig benutzt wird. Dieselbe ist nicht sehr umfangreich, aber inhaltlich sehr empfehlenswert. Bei den jetzigen Bücherpreisen kann sich der einzelne Arbeiter so leicht kein Buch kaufen; er sollte deshalb sein Lesebedürfnis aus Büchern der Bibliothek befriedigen. Bücherausgabe ist jeweils vor Beginn der Monatsversammlung. Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch abends 8 Uhr im „Rastatter Löwen“ statt. An die Volkshausbesucher hier richten wir das Ersuchen, an unseren Parteiveranstaltungen teilzunehmen und sich, soweit dies nicht der Fall, der Partei anzuschließen. Die Landtagswahlen stehen vor der Tür, da muß unsere Partei finanziell und organisatorisch gerüstet sein.

Eine Ausstellung von Schuhen, die nach dem „Ago“-Verfahren hergestellt und repariert worden sind, fand am Sonntag im „Goldenen Adler“ anlässlich der Tagung der Süddeutschen „Ago“-Vertriebe statt. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ließe im Schuhmacher-Handwerk eine große Umwandlung bevor. Der Schuster wird zwar noch wie vor bei seinem Leisten bleiben, aber von den Nägeln und dem Garn wird er vielleicht Abschied nehmen. Zu dieser Ueberzeugung müßte man bei der Beschäftigung der Ausstellung kommen, denn all die ausgestellten Schuhe waren ohne Naht und ohne Nägel hergestellt bzw. repariert. Ein mit einem besonderen Verfahren hergestellter Stoff tritt anstelle von Nagel und Garn, die Schuhe werden in einer zu diesem Zweck hergestellten Presse eingespannt und neue Schuhe, sowie Reparaturen wie Sohlen, Fäden und Kleber folgen von geradegu berückender Haltbarkeit sein. Die Ausstellung enthielt alle Arten von Schuhen, die nach dem „Ago“-Verfahren hergestellt wurden, von dem niedrigsten Kinder Schuh bis zum besten Arbeits-, Berg- und Fußballschuh, ferner waren elegante hochmoderne Damen- und Herrenschuhe und Langstiefel zu sehen. Die Aussteller verteilten sich auf die verschiedenen Städte Süddeutschlands. Die Ausstellung selbst war sehr interessant und dürfte zweifellos dem „Ago“-Verfahren viele neue Freunde zugeführt haben.

Die Johanniskirche im Stadtgarten, die auf vergangenen Freitag anberaumt war, wird nunmehr heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Stadtgarten abgehalten werden. Es besteht aus Musikaufführungen zweier Kapellen, einem Brillant-„Höhen“-Feuerwerk des Feuerwerkertechnikers Pfleger aus Giesbrunn, dem üblichen Johanniskirchenfeuer auf dem See und anschließender bengalischer Beleuchtung der Anlagen. Da der Aufenthalt im Stadtgarten 3. Jh. namentlich des abends, wieder ein hoher Genuß ist, dürfte mit einem kurzen Besuche dieser den Höhepunkt des Sommers verherrlichenden Fester gerechnet werden. Außer dem Nord- und Südeingang ist auch der hübsche Stadtgartenweg (östlich der Festhalle) und ein Eingang Ecke Neuer Bahnhofstraße und Weierheimer Allee, sowie der Eingang an der Eitlinger Straße geöffnet. Eintrittskarten löse man möglichst im Vorverkauf. Falls wider Erwarten das Wetter ungünstig werden sollte, wird das Konzert in der Festhalle stattfinden, das Feuerwerk mit dem Johanniskirchenfeuer aber gleichwohl abgebrannt werden. In diesem Falle werden die Konzertbesucher durch ein Trompetensignal zum Feuerwerk in den Garten gerufen.

Stärkt den Wahlfond des Sozialdem. Vereins

In der vorletzten Hauptversammlung wurde der Beschluß gefaßt, zur Deckung der Kosten für die im Herbst stattfindende Landtagswahl einen Mindestbeitrag von 5 M zu erheben. Jedes Mitglied ist zur Leistung dieses Extrabeitrages zur Stärkung des Wahlfonds verpflichtet. Durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit betroffene Genossinnen oder Genossen sind von dieser Leistung befreit. Wo Mann und Frau organisiert, ist nur ein Teil zur Entrichtung dieses Beitrags verpflichtet. Von denjenigen Genossen, die mehr leisten können, werden Beiträge in jeder Höhe angenommen. Wir appellieren an die sich noch immer bewährte Opferbereitschaft der Genossen, diesen gewiss nicht hohen Extrabeitrag auch diesmal reiflich zu leisten. Scharf wird der Kampf werden und demgemäß auch die Kosten wachsen. Die Durchführung dieses für die Arbeiterschaft bedeutungsvollen Wahlkampfes darf finanziell nicht behindert werden. An die Eintastler und Vertrauensmänner sind Wahlfondsmarken zum Verkauf an die Mitglieder ausgegeben.

Freiwillige Beiträge nimmt der Kassier, Gen. Detmann Lang, Kaiserstr. 46, jederzeit entgegen. Duntung hierüber erfolgt im „Volkshaus“.

Der Wahlfond ist eröffnet! Tue jeder seine Pflicht und dann auf zum Kampf und Sieg!

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten, welche bei der Karlsruher Lebensversicherung versichert sind

Es wird uns geschrieben: Am Donnerstag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet im Gebäude der Karlsruher Lebensversicherung, Kaiserallee 4, die alljährliche ordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Verwaltung hat in den langen Jahren nie daran gedacht, in den Ausschuss auch Arbeiter, Angestellte und mittlere Beamte wählen zu lassen, sondern nur Reichere mit klingenden Titeln, trotzdem Tausende von Arbeitnehmern bei ihr versichert sind. Die Verwaltung hat sich dieses Jahr bemöhen gefühlt, einen Ausschuss auf die Vorschlagsliste zur Aufschwöbung zu setzen. Da diese Zurücksetzung der Arbeitnehmer bei einer Gegenseitigen-Gesellschaft, wo jeder Versicherte gleichberechtigtes Mitglied ist, nicht einreißbar darf, hat der Ausschuss, daß sich eine große Anzahl von Versicherten zusammenschließen und eine eigene Wahlliste für die Aufschwöbung aufstellen. Arbeiter, Angestellte und Beamte! Verhilft der von den Versicherten aufgestellten Wahlliste zum Siege! Beschaft Euch am Dienstag, den 28. Juni bis nachmittags 5 Uhr mündlich oder telephonisch noch Eintrittskarten zur Generalversammlung. Die Karten sind bei der Karlsruher Lebensversicherung anzufordern. Erscheint zur Mitgliederversammlung!

Baluta-Bericht vom 27. Juni

Markkurs in der Schweiz ca. 7.85. Auszahlung Holland notierte 24.75 M per 100. Auszahlung Schweiz notierte 12.65 M per 100. Fr. Auszahlung England notierte 231 M per 100. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 6.05 M per 100. Fr. Auszahlung Neuhort notierte 74.60 M per 100.

Wasserstand des Rheins

Säufsterinsel 132, gef. 2 Zm. Neßl 227 Zm. Mayau 288, gef. 11 Zm. Mannheim 266, gef. 10 Zm.

Bel sprödem Barthaar

und empfindlicher Haut setzt sich beim Rasieren so recht die wohnende, harterweichende Wirkung der neuen Rasierseife „Leosira“. Ueberzeugen Sie sich von der Sparjamkeit und praktischen Verwendbarkeit und probieren Sie eine Packung zu 100 g für monatelangen Gebrauch. Wo Sie die bekannte Chlorodont-Rasierseife kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife. Ebenfalls senden wir Ihnen eine Drog.-Packung direkt geg. Nachn. ab. Vereinstuluna von 100 g. — Laboratorium Leo, Dresden-N. 8.

